Gelsenkirchener Zeitung.

Bezugspreis durch Boten zugestellt oder durch die Post bezogen für die Woche vom 5. bis 11. November 80 Milliarden Mk. — Einzel-Nummer 15 Milliarden Mk.
Erscheint täglich, außer an Sonn- und Festtagen.
Gratis-Beilagen:
„Gelsenkirchener Sonntags-Zeitung", „Am Herdfeuer" und „Sport-Extrablatt"
Telegramm-Adresse: Gelsenkirchener Zeitung. — Postscheck-Konto Essen Nr. 131 46.
Geschäftsstelle: Gelsenkirchen, Ahstraße 37, geöffnet von morgens 8—1 Uhr, 2—6 Uhr abends.
Fernsprech-Anschluß: Amt Gelsenkirchen Nr. 124 und 125.
Verlag und Rotationsdruck von Chr. Münstermann in Gelsenkirchen.

Anzeigenpreis für 1 mm Raumhöhe (27 mm breit) vom 6. November ab:
Grundpreise: Ortsanzeigen 50, kleine Anzeigen nicht geschäftlicher Art und Familienanzeigen 30, auswärtige Anzeigen 60, Reklamen (80 mm breit) 250. Schlüsselzahl 130 Millionen
Grundpreis mal Schlüsselzahl ergibt den Anzeigenpreis.
Besondere Mitteilung bei Aenderung der Anzeigenpreise erfolgt auch bei laufenden Abschlüssen nicht.
Bei nicht sofortiger Zahlung der Anzeige wird für das jedesmalige Vorzeigen der quittierten Rechnung eine Gebühr von 5 Proz. des Rechnungsbetrages erhoben.
Für Aufnahmen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für Aufträge mittels Fernsprecher wird keine Gewähr und für Druckfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassarabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen acht Tagen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung, Erscheinungsverbot hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 253 — Freitag, den 9. November 1923 — 59. Jahrgang.

Was geht in Bayern vor?

Nationalistischer Staatsstreich in Bayern.

Die Regierung beseitigt. — Rechtsradikale Usurpatoren. — Die Plätze von Hitlertruppen besetzt.

München, 8. Nov. (Telegr.) Im Bürgerbräukeller fand heute abend eine nationale Kundgebung statt, bei der Generalstaatskommissar Dr. von Kahr unter wiederholtem Beifall ein Manifest an die deutsche Nation verlas, in dem er sich mit dem Marxismus befaßte. Besonders stark vertreten waren die Mitglieder der vaterländischen Verbände. Von der bayerischen Staatsregierung waren die Minister Dr. Schweyer, Wutzlhofer und Dr. Krausneck erschienen. Kommerzienrat Zenz sprach in seiner Begrüßungsrede den Wunsch aus, daß der Generalstaatskommissar der Führer sein möge in ein neues besseres schwarz-weiß-rotes Deutschland.

Dr. von Kahr sagte u. a., in München sei zum erstenmal der Kampf gegen den Marxismus als wesentlicher Punkt eines Programms für die deutsche Zukunft aufgestellt worden. Der Zweck des Kampfes sei der, die breiten Massen für die nationale Staatsgemeinschaft wieder zu gewinnen, die Ausstrahlung des Marxismus in den bürgerlichen Schichten zu vernichten. Nur so sei die Einheit der Nation zu errichten. Diese Aufgabe gliedere sich in zwei Teile: 1. Loslösung der Massen aus der geistigen Herrschaft des Marxismus und 2. ihre geistige Fesselung an die nationale Staatsgemeinschaft. Der Marxismus sei eine geistige Bewegung, er habe sich mit den Mitteln der Massenführung von den kleinsten Anfängen zu einer scheinbar unerschütterlichen Herrschaft über Millionen Deutscher emporgerungen. Die erste und wichtigste Aufgabe, vor der das deutsche Volkstum heute stehe, sei zweifellos die Wiederherstellung seiner Freiheit, d. h. außenpolitisch gesehen die Wiederherstellung der Souveränität und Steigerung der staatlichen Macht für die Deutschen in den abgetretenen Gebieten. Auch der stärkste und mit der größten Macht ausgestattete Mann könne ein Volk nicht retten, ohne tatkräftige und von nationalem Geist getriebene Hilfe aus dem Volk. Freie deutsche Staatsbürger im freien deutschen Staat, das allein sei die Seelenstimmung, die das Deutschtum bis zur Stunde der Befreiung in seinem Bestande erhalte und die Energie zur Befreiung schaffen könne. Nur aus dieser seelischen Einstellung heraus könne aber auch die dringlichste innerpolitische Aufgabe gelöst werden.

*

$ München, 8. Nov. (Telegr.) Von privater Seite erhält das Süddeutsche Korrespondenzbureau über die Vorgänge im Bürgerbräukeller folgenden Bericht:

Nachdem der Generalstaatskommissar seine Rede beendet hatte, sei Hitler mit 600 Mann in den Saal eingedrungen und habe erklärt, daß die jetzige Regierung beseitigt sei. Eine neue Leitung sei bereits aufgestellt. General Ludendorff sei Landesbefehlshaber, Hitler politischer Berater, der frühere Münchener Polizeipräsident Pöhner Landesverweser und General von Lossow Wehrminister.

Daraufhin sei der Bürgerbräukeller von Hitler-Truppen in weitem Umkreis abgesperrt worden. Zu Zwischenfällen sei es bis 10 Uhr abends nicht gekommen. Zurzeit sammeln sich die Kampftruppen „Oberland" und „Reichsflagge" in verschiedenen Stadtteilen und besetzen die Plätze.

Ueber die Haltung der Reichswehr und der Landespolizei liegen noch keine näheren Meldungen vor.

Wie von privater Seite weiter mitgeteilt wird, soll Kahr im Bürgerbräukeller Verhandlungen pflegen.

Einer späteren Meldung zufolge ist das Telegraphenamt von der Landespolizei besetzt worden. Ferner seien in der Redaktion der „Münchener Neuesten Nachrichten" Offiziere der Hitler-Truppen erschienen.

*

Verordnung des Reichswehrministers.

)(Berlin, 8. Nov. (Telegr.) Der Reichswehrminister erläßt unter dem 9. November folgende Verordnung:

Das Verbreiten anderer als amtlicher Nachrichten über die Münchener Ereignisse wird hiermit verboten. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Ausnahmeverordnung bestraft und führen zu dem Verbot der Zeitung.

*

** Was „Wissende" schon lange befürchtet haben, ist nun in Bayern eingetreten. Die nationalistischen Kreise um Ludendorff und Hitler haben einen Staatsstreich ausgeführt, die legale Regierung beseitigt und sich an ihre Stelle gesetzt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß gewisse in Bayern ansässige Generäle und Heerführer die Drahtzieher und Hintermänner dieser neuesten Wendung sind, welche die Gerüchte wieder lebendig werden läßt, daß dort eine rechtsradikale Strömung besteht, welche in München eine neue Reichsregierung ausrufen will. Ein klares Urteil über die Vorgänge läßt sich aus den spärlichen Nachrichten, die bisher aus München vorliegen, nicht fällen. Soviel aber dürfte feststehen, daß die nicht ohne Rückwirkung auf unsere gesamte innere und äußere politische Lage und auf unsere ohnehin schon katastrophale Wirtschaftslage bleiben werden. Der bayerische Streich ist innen- und außenpolitisch ein frivoles Spiel mit dem Feuer, aus dem ein verheerender Brand entstehen kann, dessen Folgen nicht auszudenken sind. Indes, wir warten zunächst nähere Nachrichten ab, ehe wir Stellung zu den Ereignissen nehmen, die vielleicht das letzte Porzellan zerschlagen.

Frankreich duldet keine Diktatur in Deutschland.

Ein offizieller Schritt in Berlin.

mt Paris, 8. Nov. (Telegr.) Der französische Botschafter in Berlin erhielt den Auftrag, der Reichsregierung die Mitteilung zu machen, daß Frankreich die Einsetzung einer diktatorischen Regierung in Deutschland nicht dulden werde.

Hierzu meldet unser Pariser Korrespondent:

ss Paris, 8. Nov. (Telegr.) Ueber den Inhalt der Demarche, die der französische Botschafter in Berlin vorzunehmen beauftragt ist, erfährt man von unterrichteter Stelle, daß der Botschafter den Auftrag hat, zum Ausdruck zu bringen, die französische Regierung betrachte die Einsetzung einer diktatorischen Macht in Deutschland, welche den Vertrag von Versailles ablehne und die Wiedergutmachungsverpflichtungen nicht annehmen wolle, als eine Bedrohung der Sicherheit. Die französische Regierung mache, ohne sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen, auf die schweren Gefahren aufmerksam, die aus einer derartigen Situation erwachsen können.

Beschlüsse des Pariser Ministerrates.

ss. Paris, 8. Nov. (Telegr.) Nach Informationen aus gut unterrichteter Quelle bedeutet der heutige französische Ministerrat, der unter dem Vorsitz Millerands stattfand, einen Merkstein in der französischen Politik. Entgegen seiner ursprünglichen Absicht hat Poincare sich auf Anregung des Präsidenten der Republik dazu entschlossen, die Demarche zu unternehmen, mit der der französische Botschafter in Berlin beauftragt worden ist.

Ferner beschloß der Ministerrat, den neuen Instruktionen Poincares an den Botschafter in Washington zuzustimmen, in denen Poincare ein gewisses Entgegenkommen zu dem amerikanischen Standpunkt zeigt.

Die beiden Beschlüsse des Ministerrates stehen unzweifelhaft in einem engen Zusammenhang. Sie gehen einerseits dahin, die Teilnahme Frankreichs an den Bemühungen, eine Stabilisierung der inneren politischen Lage Deutschlands herbeizuführen, zu gewährleisten, anderseits die Teilnahme der französischen Regierung an den Bemühungen um die Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens zu sichern.

„Wir sind am Ende unserer Kraft."

Der Reichskanzler über die Lage an der Ruhr.

Q Berlin, 8. Nov. (Telegr.) Reichskanzler Dr. Stresemann äußerte sich gegenüber dem Berliner Vertreter der „Magdeburgischen Zeitung" über die Verhältnisse im Ruhrgebiet. Nach der Aufgabe des passiven Widerstandes habe die Reichsregierung erwarten können, daß damit für das besetzte Gebiet die unerträgliche Lage gebessert würde, zumal von französischer Seite erklärt worden sei, daß nach Aufgabe des passiven Widerstandes sofort Verhandlungen über die Neuordnung der Dinge folgen müßten. Seitdem seien aber sechs Wochen vergangen und mit Ausnahme weniger Zechen ruhe das ganze Wirtschaftsleben. Ueber zwei Millionen Arbeitsloser könnten keine Arbeit finden, weil die Verhandlungen mit den Franzosen noch nicht abgeschlossen seien. Man sage, Deutschland müsse erst den Zustand wiederherstellen, wie er vor dem 11. Januar bestanden habe. Wir sind, erklärte der Reichskanzler, sehr gern bereit, diese These aufzunehmen, indem er auf den damals herrschenden Zustand hinwies, bei dem lohnende Arbeit, Ruhe und Sicherheit vorhanden waren. Deutschland, in dem infolge des Währungsverfalls unter der Bevölkerung eine völlig verzweifelte Stimmung herrsche, könne auf die Dauer nicht zwei Millionen Arbeitsloser im besetzten Gebiet aus Staatsmitteln unterhalten.

Der Kanzler wies auf die von der Reichsregierung inzwischen vorgenommenen rigorosen finanztechnischen Sanierungsmaßregeln hin, die beweisen, daß Deutschland das Letzte hergebe, um Volk und Staat zu retten. Frankreich verlange von der vollkommen zerrütteten Wirtschaft im besetzten Gebiet die Nachzahlung der Kohlensteuer, Zahlung in Devisen, die nicht geleistet werden kann. Die Garantie der Reichsregierung gegenüber den Leistungen der Industrie beweisen, daß Deutschland alles hergebe, um dem besetzten Gebiet gegenüber seine sittliche Pflicht zu erfüllen, aber, so fuhr der Kanzler fort, unsere finanzielle Leistungsfähigkeit hat ihre Grenzen. Angesichts der gegenwärtigen Situation in Deutschland muß ich im Einverständnis mit dem Kabinett erklären: Wir sind am Ende unserer Kraft. Ueber eine kurze Zeit hinaus können wir die riesenhaften Summen für die Millionen Erwerbsloser und ihrer Angehörigen nicht mehr aufbringen. Wenn infolge des Versagens unserer Kraft Hungersnot und Anarchie in diesen Gebieten ausbrechen, so fällt die Verantwortung nicht auf uns.

Auf der Suche nach Rettung.

Zur Regierungskrisis.

Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter.

na Berlin, 8. Nov. 1923. (Telegr.)

Die Zerstörung der großen Koalition hat Bestrebungen ausgelöst und Bewegungen in Gang gebracht, die darauf hinauslaufen, eine Regierung zu schaffen, die von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten reicht. Vor allem finden sich solche Wünsche in der deutschen Volkspartei. Die Demokraten stehen vorerst solchen Plänen ablehnend gegenüber, desgleichen der übergroße Teil des Zentrums. Trotzdem bestehen Bestrebungen, die nichts anderes am Sinne haben, als den politischen Kurs unter den Einfluß der rechtsgerichteten Kreise zu bringen. Dabei taucht die Frage auf, ob ein solcher Plan parlamentarisch verwirklicht werden kann. Es scheint uns unmöglich zu sein, eine Parteikombination herbeizuführen, die noch weniger homogen sein wird, als die große Koalition.

Trotz alledem gibt es Kreise, die einem solchen Gedanken Nahrung geben. Diese Kreise bedenken nicht, daß innenpolitisch die Deutschnationalen die Verfassung der Republik nicht nur weit von sich weisen, sondern sie zu bekämpfen, sich zum Ziele setzen. Sie bedenken ferner nicht, daß in einem solchen Falle Rhein und Ruhr gefährdet sind und auch die Ostgrenze d. h. der Restteil von Oberschlesien und Ostpreußen ernstlichen Gefahren entgegengeht. Sie bedenken endlich nicht, daß außenpolitisch eine gemeinsame Linie mit den Deutschnationalen ausgeschlossen ist. Es ist eine schlechte Begründung dieser Frage, wenn man sagt, mit der Sozialdemokratie sei nichts mehr zu machen und man müsse daher seinen Blick nach rechts wenden. Der erste Teil ist richtig, der zweite Teil ist falsch; denn es liegt kein zwingender Grund darin, aus dem törichten Verhalten der Sozialdemokratie eine grundsätzliche Schwenkung der deutschen Politik vorzubereiten, sondern es kommt allein darauf an, daß die Mittelparteien sich stark genug machen, die in ihren Händen liegenden Machtmittel zu gebrauchen und die bisherige Linie fortzusetzen.

Im übrigen sind die Deutschnationalen selbst in zwei Lager gespalten. Der Teil um Graf Westarp steht den Völkischen näher, als den bürgerlichen Mittelparteien und so mag das Projekt der Regierung von Hergt bis Petersen an der Opposition im deutschnationalen Lager scheitern. Allerdings ist es auffallend, daß der deutschnationale Führer Hergt in einer vertraulichen Besprechung mit dem Reichskanzler ein vollständig fertiges Programm angekündigt hat für die Bildung einer neuen Regierung, das das Einverständnis weitester Kreise der Wirtschaft und der nationalen Bewegung besitzt. Ueber den Inhalt des Programms ist nichts bekannt, sein Ziel aber ist klar. Man will eine Regierung der Wirtschaft und des Großagrariertums. Die Mitglieder dieser Regierung sind wiederholt in der Oeffentlichkeit genannt worden: Es sind die Herren Minoux, Dr. Wiedfeldt und andere mehr.

Eine solche Regierung wäre an sich keine deutschnationale, aber eine solche unter dieser Duldung. Wir wollen die Frage offen lassen, ob eine solche Regierung das Vertrauen besitzt, von dem Herr Hergt gesprochen hat. Aber eins ist klar, daß hier die ernstliche Gefahr besteht, einen Uebergangsweg für eine Diktatur zu schaffen, die allein völkisch-nationalistisch werden muß und die wegen ihrer inneren und äußeren Gestaltung den Anfang vom Ende des gesamten Reichsgefüges bedeutet.

Man kann nicht erwarten, daß eine Partei, die an der Verfassung und Legimität festhält, sich zum Vorspann für solche Abenteuer macht. Was nötig ist, ist eine starke Konzentration der bürgerlichen Mittelparteien mit dem Bestreben, die Macht zu gebrauchen, die man noch in den Händen hält.

*

)(Berlin, 8. Nov. (Telegr.) Die „Zeit" glaubt, daß die parlamentarische Lage voraussichtlich in nächster Zeit eine Entspannung erfahren werde. Es sei damit zu rechnen, daß die Ernennung des Ministers des Innern und des Reichsjustizministers nahe bevorstehe.

Wie der „Lokalanzeiger" wissen will, beabsichtigt Reichskanzler Stresemann, sofort nach Besetzung der offenen Ministerposten vor den Reichstag zu treten, um die Vertrauensfrage zu stellen.

Ein Direktorium?

Aus dem Reichstag wird uns von einer parlamentarischen Seite geschrieben:

„Die gegenwärtige politische Situation ist ungemein verwickelt. Einen Ausweg zu finden, ist sehr schwierig. Ueber die zunehmende Rechtsentwicklung im Lande muß man sich vollkommen klar sein und nach Lage der Dinge ist es kaum zu vermeiden, daß dieser Situation auch in bestimmtem Umfange Rechnung getragen wird. Nur auf diese Weise wäre es vielleicht noch möglich, die vom Rechtsradikalismus beherrschten Strömungen, die angesichts der steigenden Wirtschaftsnot mit Wucht durchzusetzen versucht worden, aufzufangen.

Die Parteien des Reichstages sind gegenwärtig in Erörterungen über die Neugestaltung der Regierung begriffen. Die drei bürgerlichen Koalitionsparteien waren samt und sonders der Auffassung, daß die sozialdemokratischen Bedingungen für das Verbleiben der großen Koalition unter gar keinen Umständen erfüllt werden könnten. Eine Koalition mit der Sozialdemokratie ist daher nunmehr ausgeschlossen. Die Sozialdemokratie hat sich koalitionsunfähig gemacht, dadurch, daß sie im entscheidenden Augenblick die Regierung und die übrigen Koalitionsparteien unter ihre Forderungen zwingen wollte. Im übrigen sprechen viele Anzeichen dafür, daß die Sozialdemokraten nicht aus Verstandes- oder Gewissensgründen, sondern aus Furcht vor dem Widerstand im eigenen Lager, die sich namentlich gegen das kommende Arbeitszeitgesetz richtete, vor der Verantwortung entflohen sind. Nun haben aber die Sozialdemokraten bestimmte Bindungen vor Schaffung der großen Koalition gerade in dieser wichtigen Frage übernommen. Wenn nun die Sozialdemokraten sich der Regierungsverantwortung entziehen, haben die bürgerlichen Parteien keinen Anlaß mehr, die Sozialdemokraten für eine neue Regierungskombination zu interessieren.

Davon kann jetzt auch nicht mehr die Rede sein. Es kommt jetzt nur noch darauf an, ob es den drei bürgerlichen Koalitionsparteien gelingt, durch ein gemeinsames Vorgehen und unter der Führung des jetzigen Kanzlers Stresemann eine Neuordnung der Regierungsverhältnisse zu erlangen. Diese Frage ist nicht einfach zu entscheiden. Daß bei der gegebenen Situation und bei der fortschreitenden Rechtsbewegung auch die Versuche eine Rolle spielen, die Deutschnationalen an der Neubildung der Regierung zu interessieren, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Damit sind aber auch schon die Schwierigkeiten, die sich nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch bei den Demokraten ergaben, gekennzeichnet. Anderseits stehen aber auch die Deutschnationalen in der Mehrheit auf dem Standpunkt, daß eine bürgerliche Regierung, die unter der Führung Stresemanns stände, die Unterstützung der deutschnationalen Partei nicht finden könnte.

Wie gegenwärtig — die Dinge können sich jeden Augenblick ändern — die politische Situation steht, geht die überwiegende Meinung der Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft dahin, daß der Kanzler Stresemann im Amte bleibt und gegebenenfalls durch die Schaffung eines Direktoriums von wenigen Personen, wobei die Ressortminister ihre Aemter weiter zu führen hätten und die Leitung der Reichsgeschäfte bis auf weiteres durchgeführt würde, seine Tätigkeit erweitern würde. Man würde dann möglichst ohne allzu starke Belastung durch den Reichstag die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande und der Wirtschaftslage nötigen Maßnahmen zu treffen haben. Ob dieser Plan Gestalt gewinnen kann, hängt weniger von den politischen und parlamentarischen Faktoren ab, als von den Ereignissen, die sich gegenwärtig überall im Lande vorbereiten."

Die Stützung der Mark.

Von einem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

„Es hat sich nun als unmöglich erwiesen, bis zur Ausgabe der Rentenmark die Papiermark zu halten. Die entschlossene Konsequenz, die Papiermark als gesetzliches Zahlungsmittel aufzugeben, kann freilich nach Lage der Dinge noch nicht gezogen werden. Aber gewissermaßen als Ersatz dieses papiernen Zahlungsmittels sollen die wertbeständigen Zahlungsmittel und das wertbeständige Notgeld, das jetzt vielfach ausgegeben wird, dienen. Daß die Mark als Wertmesser gar nicht in Frage kommen kann, geht daraus hervor, daß beispielsweise am Montag der Kurs in Amsterdam etwa 5 Billionen Papiermark für einen Dollar ausgemacht hatte. Auch in London wurde für ein Pfund Sterling etwa 12 bis 15 Billionen Papiermark gefordert, während der Berliner Kurs „nur" etwa 1,9 Billionen Mark ausmachte. Das sind schlimmste Mißverhältnisse, die naturgemäß nicht länger ertragen werden können.

Die Reichsregierung hofft in etwa acht Tagen die Rentenmark ausgeben zu können. Um nicht das betrübende Schauspiel erleben zu müssen, wie wir es bei der Goldanleihe gesehen haben, ist es erforderlich, daß der Verkehr sofort mit einer genügenden Menge dieses neuen Geldes versehen wird. Die Reichsregierung hat zur Unterfundierung der heutigen Papiermark eine neue Goldbasis geschaffen. Man hat eine bestimmte Relation, also ein bestimmtes Wertverhältnis zwischen Papiermark und wertbeständigem Zahlungsmittel, und zwar Goldanleihe, in Aussicht genommen. Den schweren Bedenken einer solchen Regelung darf man sich gewiß nicht verschließen; denn es liegt die Gefahr vor, daß die Goldanleihe und später auch die Rentenmark bei Geltung eines solchen Wertverhältnisses im Auslande ebenso zu Baisse-Spekulationen benutzt wird, wie das bei der Papiermark der Fall war. Was dieses Wertverhältnis angeht, ist es noch nicht bestimmt, aber es ist damit nicht zu rechnen, daß etwa der Dollarkurs von 420 Milliarden zur Grundlage genommen würde. Damit wäre auch eine glatte Rechnung ermöglicht, denn bei einem derartigen Wertverhältnis würde eine Goldmark gleich 100 Milliarden, ein Goldpfennig gleich 1 Milliarde, 10 Goldpfennige gleich 10 Milliarden betragen. Es wird aber nötig sein, diese Wertverhältnisse rasch bekannt zu geben und auch den Zeitpunkt der Einlösungsmöglichkeit sehr bald anzusetzen. — Würde die Regelung in dieser Form Platz greifen, so wäre eben eine bestimmte Menge Papiergeld immer gleich einer Goldmark. Dieses Quantum Papiergeld ist also wertbeständig.

Zur Unterfundierung der heutigen Papiermark gibt die Reichsregierung 300 Millionen Goldmark in neuen Dollarschatzanweisungen aus, die bereitgestellt werden sollen, bis die Rentenmark zur Einführung kann. Für diese Zwecke wird eine Konversionskasse gegründet. Der Betrag von 300 Millionen soll aufgebracht werden durch 50 Millionen, die die Reichsbank zur Verfügung stellt, ferner durch eine neue Devisenerfassung, durch neue Steuern und weiterhin durch die Gesamthaftung der Banken für jeden entstehenden Ausfall. Vom wirtschaftlichen und finanzpolitischen Standpunkt aus fordert diese Lösung der Neuausgabe von 300 Goldmillionen Schatzanweisungen zweifellos zu starken Bedenken heraus. Aber die Maßnahme muß als eine Notmaßnahme bezeichnet werden, die mit der Schaffung der

1 Dollar = 628 425 000 000 Mark.

Amtliche Devisenkurse.

		8. November	7. November
Holland	Geld	243 390 000 000	243 390 000 000
	Brief	244 610 000 000	244 610 000 000
Belgien	Geld	30 926 000 000	30 988 000 000
	Brief	31 074 000 000	31 076 000 000
Italien	Geld	27 930 000 000	27 930 000 000
	Brief	28 070 000 000	28 070 000 000
England	Geld	2783 000 000 000	2783 000 000 000
	Brief	2807 000 000 000	2807 000 000 000
Amerika	Geld	628 425 000 000	628 425 000 000
	Brief	631 575 000 000	631 575 000 000
Frankreich	Geld	35 910 000 000	35 910 000 000
	Brief	36 090 000 000	36 090 000 000
Schweiz	Geld	111 720 000 000	111 720 000 000
	Brief	112 280 000 000	112 280 000 000
D.-Oesterreich	Geld	8 977 000	8 977 000
	Brief	9 023 000	9 023 000

Berliner amtliche Devisen gegen gestern unverändert bei 2prozentiger Zuteilung.
Goldanleihe 630 Milliarden, 1 Prozent repartiert. Dollarschatzanweisung 630 Milliarden. Bis 20 Dollar voll, darüber jede Order mit 20 Dollar zugeteilt.

Rentenmark auch schleunigst wieder verschwinden muß."

Die Zentrumsfraktion und die gegenwärtige Lage.

Aus dem Reichstage wird uns berichtet:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat in zweitägigen eingehenden Beratungen zur gegenwärtigen Lage Stellung genommen. Das Ergebnis der Beratungen war eine grundsätzliche, vollkommen einheitliche Einstellung gegenüber der durch den Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung geschaffenen politischen und parlamentarischen Situation. Daß fürs erste ein Wiederaufleben der großen Koalition nicht mehr möglich sei, ist ebenfalls einheitliche Meinung der Zentrumsfraktion. Die Zentrumspartei hatte sich nun zu entscheiden, ob sie einem verkleinerten Kabinett Stresemann ihre Unterstützung zukommen ließe. Die Fraktion war der Auffassung, daß die drei bürgerlichen Koalitionsparteien, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Zentrum, zunächst zusammenbleiben und geschlossen vorgehen sollen.

Bei den Demokraten, die gegen eine Annäherung an die Deutschnationalen in einem besonderen Beschluß sich schon ausgesprochen haben, liegt mit der Schlüssel der Lage. Die Fraktionsleitung des Zentrums ist daher mit den Führern der Demokraten und der Deutschen Volkspartei in Verhandlungen über die weiteren politischen und parlamentarischen Maßnahmen eingetreten. Es soll der Versuch gemacht werden, die Arbeitsgemeinschaft dieser drei genannten Parteien auch zur Unterstützung für ein Rumpfkabinett Stresemann zu schaffen. Ob das angesichts der Haltung der Sozialdemokraten einerseits und der Deutschnationalen andererseits möglich sein wird, ist allerdings fraglich. Bei den Deutschnationalen hat sich offenbar diejenige Richtung durchgesetzt, die auch mit einem Kabinett, an dessen Spitze der Reichskanzler Stresemann stände, nicht harmonieren würde. Und selbst dann nicht, wenn dieses Kabinett durch Persönlichkeiten, die den Deutschnationalen nahestünden, ergänzt würde. Die Sozialdemokraten anderseits würden kaum eine Neutralitätserklärung gegenüber einem Kabinett, das nach der deutschnationalen Seite hin tendieren würde, abgeben. Infolgedessen ist die Situation vorläufig noch vollständig ungeklärt.

Die Zentrumsfraktion hat ferner einmütig in denkbarer Würdigung des Eintretens der Zentrumsminister im Kabinett für die besetzten Gebiete die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß das Reich auch weiterhin bis an die äußerste Grenze seiner Leistungsfähigkeit diejenigen Mittel aufbringt, die für die besetzten Gebiete notwendig sind. Gegenwärtig befindet sich ein auf Goldbasis aufgebauter Haushaltsplan, der zunächst für ½ Jahr Geltung haben soll, in Vorbereitung und in diesem Falle werden ebenfalls die für die besetzten Gebiete notwendigen Summen angeführt.

Die Zentrumsfraktion hat weiter zu den brennenden Problemen der Wirtschafts- und Währungsfragen neuerdings Stellung genommen und in gründlicher Aussprache ihre Wünsche und Forderungen präzisiert. Auch die gegenwärtige Steuerpolitik des Reiches und ihre ungeheuerlichen Rückwirkungen auf das Wirtschaftsleben sind dabei zur ausgiebigen Erörterung gekommen."

Das Treu-Bekenntnis des Rheinlandes.

Der Provinziallandtag gegen die Sonderbündler.

Die Rheinländer sind und bleiben deutsch.

✣ **Barmen**, 8. Nov. **(Telegr.)** Der Rheinische Provinziallandtag hat heute abend folgende Entschließung angenommen:

„Als Vertreter der Bevölkerung der gesamten Rheinprovinz, für die wir verantwortlich zu sprechen berufen sind, erklären wir vor aller Welt, daß das rheinische Volk den umstürzlerischen Bestrebungen, die in den letzten Wochen unsaubere und unverantwortliche und zum großen Teil landfremde Elemente in die Tat umzusetzen versucht haben, mit Abscheu und Verachtung gegenüberstehen und nichts mit ihnen gemein hat. Dürfte das rheinische Volk handeln, wie es fühlt und denkt, keiner dieser Landesverräter fände mehr auf rheinischem Boden. Der Rheinische Provinziallandtag steht nach wie vor zu dem von ihm wiederholt bekundeten Bekenntnis, daß wir Rheinländer deutsch sind und deutsch bleiben und das deutsche Schicksal auch unser Schicksal sein soll. In der Not des Vaterlandes wollen wir seine treuen Diener bleiben, wie wir unsererseits erwarten, daß das Leid der Westmark von dem unbesetzten Gebiet bis zum letzten geteilt und gelindert wird. Eine Aenderung unseres staatsrechtlichen Verhältnisses kann nur auf verfassungsmäßigem Wege in Frage kommen.

In diesem Gedanken beauftragt der Rheinische Provinziallandtag seinen in dieser Tagung gewählten, aus 21 Mitgliedern bestehenden Ausschuß mit großer Beschleunigung in Verbindung mit den anderen Landesteilen an Rhein und Ruhr alles zu tun und zu veranlassen, was zur Erleichterung des schweren Loses der Bevölkerung des besetzten Gebietes beitragen kann. Insbesondere soll er auf die Beseitigung des separatistischen Terrors und jeder sonstigen Beschränkung der politischen Freiheit, wie auf die Behebung der unerträglichen Erschwerung des Verkehrs und der Lähmung des wirtschaftlichen Lebens hinwirken; ganz besonders soll er sich für die baldige Rückkehr der Ausgewiesenen und der politischen Gefangenen einsetzen."

Rheinische Goldnotenbank.

✣ **Barmen**, 8. Nov. **(Telegr.)** Der Plan einer Rheinischen Goldnotenbank ist heute vom Rheinischen Provinziallandtag in Barmen gebilligt worden. Die Goldnotenbank soll begründet werden mit einem Kapital von 100 Millionen Goldmark, wovon ein Viertel bar eingezahlt werden soll. Die Aktien lauten auf den Namen. Träger des Unternehmens sollen sein die Wirtschaft und die Banken des besetzten Gebietes und das Ausland, wobei die Beteiligung des Inlandes zu 55 Proz., die des Auslandes zu 45 Proz. gedacht ist. In den Satzungen ist als Aufgabe der Bank in § 5 folgendes festgesetzt, den Zahlungsverkehr zu erleichtern durch Errichtung von Goldmarknoten und durch Ausgabe von Goldmarknoten und Münzen. Der Geschäftskreis ist begrenzt. Geschäfte jeder Art mit Staaten und Ländern sind ausgeschlossen. Es ist beabsichtigt, die Goldnoten in kleinen und kleinsten Stücken abzugeben, die von der Industrie gegen wertbeständige Unterlagen abgenommen werden können. Die Höchstdividende soll 6 Proz. betragen, wodurch die Möglichkeit einer gewinnsüchtigen Absicht bei der Gründung absolut ausgeschlossen ist.

Sachverständigen-Ausschuß.

Einlenken in Paris.

✣ **Paris**, 8. Nov. **(Telegr.)** Dem „Petit Parisien" wird aus Washington berichtet: Der französische Botschafter übermittelte gestern Hughes im Laufe einer Unterredung, die 25 Minuten dauerte, die Antwort der französischen Regierungen über die verschiedenen Fragen in der Angelegenheit des Sachverständigenausschusses. Hughes begab sich darauf nach dem Weißen Hause.

✣ **London**, 8. Nov. **(Telegr.)** Der Pariser Berichterstatter des „Daily Mail" schreibt über den Inhalt der Ausführungsanweisungen Poincares an den französischen Botschafter in Washington. **Frankreich sei nicht geneigt, Deutschland einen Zahlungsaufschub bis zum Jahre 1930 zu gewähren.** Poincare denke jedoch an den nach Anhang 3 § 8 des Versailler Vertrages möglichen **Aufschub bis 1928.** Das augenblickliche Chaos in Deutschland mache es unmöglich, zu sagen, was Deutschland zahlen könnte, aber bis zum Jahre 1928 müsse ein Plan gefunden und zur Ausführung gebracht werden können. **Was das Ruhrgebiet betreffe, so habe Poincare keinen Einwand dagegen, daß der geplante Sachverständigenausschuß die dortigen Verhältnisse untersucht,** vorausgesetzt, daß er nicht zum Ausdruck bringe, daß Frankreich das Ruhrgebiet anders besetzt halte, als mit formeller Zustimmung der Reparationskommission, einer Organisation, die über jede Regierung stehe.

Vor einer endgültigen Erklärung.

ss. **Washington**, 8. Nov. **(Telegr.)** Das Staatsdepartement läßt wissen, daß **eine endgültige Erklärung über das eventuelle Abkommen über eine Sachverständigenkonferenz binnen 48 Stunden abgegeben wird,** und daß diese Erklärung voraussichtlich von Paris ausgehen wird. Man glaubt aus dieser Quelle zu wissen, daß Staatssekretär Hughes dem französischen Botschafter Jusserand mitgeteilt hat, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht der Ansicht war, die Gesetzmäßigkeit der Ruhrbesetzung in Frage zu stellen. Indessen ist die amerikanische Regierung der Ueberzeugung, daß eine Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands nicht vorgenommen werden kann, wenn man nicht auch die Produktivität des Ruhrgebietes näher betrachtet.

Die Separatistenbewegung am Rhein.

In der Pfalz.

Die Vorgänge in Kaiserslautern.

✣ **Kaiserslautern**, 8. Nov. **(Telegr.)** Im Laufe des gestrigen Tages kam es mehrfach zu Ueberfällen der Sonderbündler auf die Bevölkerung. Vom Mittag an durchzogen die Sonderbündler fast ununterbrochen die Straßen der Stadt und feuerten in die Luft, zum Teil in die Menge hinein. **Die Erbitterung der Bevölkerung ist auf das äußerste gestiegen.** Gegen Mittag kamen vier Sonderbündler in die Erpelsche Fabrik und wollten zwei Autos beschlagnahmen. Die Arbeiterschaft setzte sich zur Wehr und die Separatisten gingen wieder fort. Sie kamen später jedoch mit Verstärkung wieder und wollten außer den Autos auch noch Lebensmittel beschlagnahmen, die in der Fabrik in Anbetracht der wirtschaftlichen Not zum Teil als Teil des Lohnes ausgezahlt wurden. Als die Arbeiterschaft dies erfuhr, rottete sie sich zusammen und drängte die Sonderbündler hinaus. Es kam zu einer Schlägerei, wobei ein Sonderbündler totgeschlagen, drei verletzt wurden. Nunmehr zwerrten die Sonderbündler die Straßen vor der Fabrik ab, trieben die Bevölkerung mit vorgehaltenen Revolvern auseinander und schossen blindlings in die Luft hinein. Zu gleicher Zeit wurde in der Marktstraße die Bevölkerung von den Separatisten überfallen. Hier war die Erbitterung so groß, daß die Arbeiterschaft trotz der Schüsse nicht vom Platze wich. Die Separatisten mußten das Feld räumen. Auch in den übrigen Straßen der Stadt dauerten die Schießereien der Separatisten den ganzen Mittag und Nachmittag an.

In der Gegend von Kusel haben die Separatisten viel requiriert.

Wie aus Pirmasens gemeldet wird, **eingen die** dortigen Arbeiter den angemeldeten Separatisten entgegen und schlugen sie mit blutigen Köpfen zurück. Die Straßen von Pirmasens sind regelrecht verbarrikadiert.

In den Abendstunden suchten die Separatisten zum vierten Mal die Eckelsche Fabrik heim. Die Bureauräume wurden fast vollständig demoliert. Der Direktor wurde nach unbekanntem Ziel fortgeführt. Die Erbitterung der Bevölkerung ist noch immer sehr groß. An Gegenwehr ist vorläufig nicht zu denken. In der Nacht ist ein größerer Trupp von Separatisten nach Neustadt abmarschiert. In Hochspeyer und Otterburg sind die Rathäuser von den Separatisten besetzt.

Das Treiben in Landau.

✓ **Landau**, 8. Nov. **(Telegr.)** In Landau sind heute früh mehrere Hundert Sonderbündler, lauter junge Stadt- und landfremde Burschen, eingetroffen und in mehreren geordneten Zügen in die Stadt einmarschiert. Ein Teil zog sofort zum Rathaus, andere zum Bezirksamt und zur Reichsbank. Posten mit Karabinern wurden vor den Gebäuden aufgestellt. Vor dem Stadthaus kam es zu einer unbedeutenden Schlägerei. Etwa 200 bewaffnete Sonderbündler sammelten sich in Neustadt an. Die gesamte Bevölkerung einschließlich der Kommunisten nimmt scharf Stellung gegen sie. Ueber Neustadt ist eine Verkehrssperre verhängt worden. Die gesamte Polizei, sowohl von Landau als auch von Neustadt ist unter französischem Befehl gestellt worden.

In Bergzabern begab sich gestern nachmittag eine Anzahl Sonderbündler zum Bezirksamtsgebäude und hißte dort die grün-weiß-rote Flagge. In der Stadt ist es ruhig.

Die öffentlichen Gebäude in Neustadt besetzt.

✓ **Neustadt**, 8. Nov. **(Telegr.)** Heute früh gegen 6 Uhr haben die Separatisten das Stadthaus, die Post, das Bezirksamt und das Finanzamt besetzt. Das Stadthaus war nur von wenigen Polizisten besetzt. Die Stadtverwaltung übt ihre Tätigkeit gemäß den Weisungen weiter aus.

*

Mißglückter Eingriff in die Steuerhoheit.

)(**Groß-Gerau**, 8. Nov. **(Telegr.)** Die Provinzialdirektion der Separatisten hat eine Verordnung erlassen, wonach Steuern nicht mehr an das Deutsche Reich abgeliefert werden dürfen. Die Rheinlandkommission dagegen hat beschlossen, daß die Steuern nach wie vor an das Deutsche Reich zu zahlen sind.

Dürens Protest.

✓ **Düren**, 8. Nov. **(Telegr.)** **Die Bevölkerung der Stadt wendet sich in einem von den Behörden, politischen Parteien, Gewerkschaften usw. unterzeichneten Aufruf an die Rheinlandkommission und an alle Unterzeichner des Versailler Friedensvertrages und des Rheinlandabkommens, in dem sie bei der Kommission, die nach den Bestimmungen des Vertrages als Treuhänderin für die besetzten Gebiete anzusehen sei, schärfste Verwahrung einlegt gegen die Willkürherrschaft der Separatisten in Düren.**

Krefeld wieder frei.

)(**Krefeld**, 8. Nov. **(Telegr.)** Der hiesige belgische Kreisdelegierte teilte der Stadtverwaltung schriftlich mit, daß die deutsche Polizei von heute um Mitternacht ab den Dienst wieder aufnehmen könne. Die Sonderbündler haben das Rathaus verlassen. Ihre Fahnen wurden heruntergeholt und die Stadt ist wieder frei. Die Sonderbündler sind abgezogen.

*

Haussuchungen bei Separatisten.

= **Köln**, 8. Nov. **(Telegr.)** Im Bezirk Mülheim nahm die Polizei bei Einwohnern, die im Verdacht stehen, der separatistischen Bewegung anzugehören, Durchsuchungen vor. Bei dem Vorsitzenden Melsbach in Hürth wurden sehr wichtige Schriftstücke und Munition gefunden. Melsbach wurde in das Gefängnis in Köln gebracht.

Parlamentarisches.

Um den Reichstagstermin.

✕ **Berlin**, 8. Nov. **(Telegr.)** Im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages brachte Reichstagspräsident Loebe zur Sprache, daß in der deutschnationalen Reichstagsfraktion die Meinung vertreten werde, daß der Reichstag nach Artikel 24 der Verfassung am ersten Mittwoch des November zusammentreten müsse und daß in einer Nichtberufung zu diesem Tage eine Verfassungsverletzung vorliege. Demgegenüber betonte Reichstagspräsident Loebe, daß diese Annahme von einer irrtümlichen Auslegung des § 24 ausgehe, der nur dann Anwendung finde, wenn der Reichstag seine Sitzungsperiode geschlossen habe. Eine solche Schließung sei aber seit dem Zusammentritt im Juli 1920 überhaupt nicht erfolgt, und es sei in keinem der vorangegangenen Jahre notwendig geworden, ihn am ersten Mittwoch des November einzuberufen, denn er sei bereits vor dem November zu seiner Herbsttagung zusammengetreten. Die Ermächtigung des Präsidenten zur Einberufung der nächsten Sitzung werde also durch Artikel 24 der Verfassung nicht unterbrochen. Der Geschäftsordnungsausschuß stimmte mit allen gegen die Stimme des deutschnationalen Abgeordneten Graef-Thüringen der Auffassung des Reichstagspräsidenten zu.

Antrag auf Landtags-Einberufung.

✣ **Berlin**, 8. Nov. **(Telegr.)** Im ständigen Ausschuß des preußischen Landtages verlangte die deutschnationale Fraktion die alsbaldige Einberufung des Landtages, da die Erledigung der laufenden Staatsgeschäfte durch den ständigen Ausschuß nach dem Fortfall des Ermächtigungsgesetzes im Reiche eine zulässige Grundlage nicht mehr besitze. Der Aeltestenausschuß des Landtages wird sich mit dem deutschnationalen Antrag demnächst beschäftigen.

Deutsches Reich.

Der sächsische Landtag lehnt Auflösung und Mißtrauensvotum ab.

)(**Dresden**, 8. Nov. **(Telegr.)** Der Landtag hat in seiner heutigen Sitzung sowohl den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Auflösung des Landtages, wie auch den Mißtrauensantrag der Kommunisten mit 48 gegen 48 Stimmen abgelehnt. Für beide Anträge stimmten die beiden Rechtsparteien und die Kommunisten, dagegen die Sozialdemokraten und die Demokraten.

Festnahme und Strafverfolgung der kommunistischen Bürgerschaftsvertreter in Hamburg.

✕ **Hamburg**, 8. Nov. **(Telegr.)** In der Begründung des Senatsantrages auf Erteilung der Genehmigung zur Festnahme und Strafverfolgung der kommunistischen Bürgerschaftsmitglieder, der inzwischen von der Bürgerschaft mit großer Mehrheit aufgenommen wurde, heißt es u. a.: Die Verantwortung für die Hamburger Unruhen tragen in erster Linie die kommunistischen Bürgerschaftsmitglieder, die nicht nur die Unruhen planmäßig vorbereitet, sondern auch an ihrer Durchführung zum Teil auch führenden Anteil genommen haben. Schon während der Unruhen sind daher die Abgeordneten Essers, Sliesz, Hoffmann, Riehl und Setter verhaftet worden, welche Maßnahmen nicht noch der Genehmigung der Bürgerschaft bedürfen, da die Festnahmen bei Ausübung der Tat erfolgten. Der Senat hält es aber angesichts des Entschlusses der Kommunisten, den Kampf gegen die staatliche Ordnung fortzusetzen, für geboten, gegen die Führer dieser das Dasein des Staates bedrohenden Bewegung, auch soweit sie der Bürgerschaft angehören, mit allen rechtlichen Mitteln einzuschreiten. Er hat daher auch die Abgeordneten Ziegler, Leyyn und Keppen festsetzen lassen und beabsichtigt, diese Maßnahme auch auf andere kommunistische Bürgerschaftsmitglieder auszudehnen.

Ausland.

Beschlüsse des Botschafterrates.

Kontrollkommission. — Kronprinzenfrage.

□ **Paris**, 8. Nov. **(Telegr.)** Die Botschafterkonferenz teilt in einer amtlichen Mitteilung mit, daß sie heute die Instruktionen veröffentlichen werde, die sie am 3. Oktober und 3. November an den Vorsitzenden der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin, General Nollet, gerichtet hat, um die Wiederaufnahme der Arbeiten der Kontrollkommission in Deutschland zu sichern.

Die Konferenz beschloß ferner, einen Schritt bei der holländischen Regierung zu unternehmen und sie aufzufordern, die Ausreise des deutschen Kronprinzen auf ihrem Gebiet zu verhindern, desgleichen einen Schritt bei der deutschen Regierung mit der Aufforderung, den Kronprinzen nicht nach Deutschland zuzulassen, weil er auf der Liste der Kriegsbeschuldigten stehe, deren Auslieferung die Alliierten verlangt hätten.

Die Freizonenfrage.

✣ **Paris**, 8. Nov. **(Telegr.)** Die Antwort der französischen Regierung auf die Note des schweizerischen Bundesrates vom 30. 10. über die Freizonenfrage ist gestern dem schweizerischen Gesandten in Paris übermittelt worden. In dieser Note hält die französische Regierung ihren Standpunkt aufrecht und erklärt sich bereit, zu verhandeln. Sie fügt jedoch hinzu, daß sie die Zollschranken nach dem vom Parlament angenommenen Gesetz am Samstag, den 10. November auf die politische Grenze zurückführen werde. Die französische Regierung erinnert nach dem „Matin" an die Ungelegenheiten eines schiedsgerichtlichen Verfahrens, das langsam und in seinem Urteil einseitig sei, erklärt sich aber bereit, jeden Vorschlag anzunehmen, der in der Lage sei, die Ansichten der beiden Regierungen im Einklang zu bringen.

Provinzielles.

)(**Dortmund**, 8. Nov. J. Longenee, der seit vielen Jahren auf dem hiesigen holländischen Konsulat tätig ist, wurde von der holländischen Regierung zum Vizekonsul ernannt und als solcher von der deutschen Regierung bestätigt.

Das Nachbarhaus.

(36

Roman von A. K. Green.

Nachdruck verboten.

Er lächelte ganz abscheulich. „Sie haben etwas gefunden?" wiederholte er. „Und dürfte ich Sie fragen, ob Sie so freundlich waren, den betreffenden Gegenstand gleich mitzubringen?"

So, also er spottete noch über mich! Ich verdoppelte meinen Aerger so weit, daß es mir sogar gelang, ähnlich wie er selbst zu lächeln; dann antwortete ich schroff:

„Ich trage niemals Wertsachen bei mir. Ein halbes Dutzend kostbarer Ringe stellen einen zu großen Wert für mich dar, als daß ich sie leichtsinnig verlieren möchte."

Als ich so sprach, streichelte er seine Uhrkette, und ich bemerkte, daß er in dieser Beschäftigung den Bruchteil einer Sekunde innehielt, gerade als ich das Wort „Ringe" aussprach. Dann setzte er seine Beschäftigung fort; aber ich wußte nun, daß er gespannt auf meine Worte hörte.

„Von welchen Ringen sprechen Sie denn, Miß Butterworth? Von den Ringen, die an den Fingern der Frau Van Burnam fehlten?"

Ich erlaubte mir, ihn leise zu verhöhnen, so wie er es mit mir getan hatte.

„O nein!" sagte ich. „Nicht von diesen Ringen spreche ich, natürlich nicht! Ich spreche von den Ringen der Königin von Siam; von allen möglichen Ringen, nur nicht von denen, die Sie interessieren!"

Diese Art, mit ihm zu sprechen, überraschte und ärgerte ihn nicht wenig.

„Sie sind gut aufgelegt, Miß Butterworth. Was soll ich daraus schließen? Daß Ihre Bemühungen von Erfolg gekrönt wurden, und daß Sie jemand gefunden haben, der schuldiger ist als der Verhaftete?"

„Vielleicht!" erwiderte ich, da ich von meinen Geheimnissen nicht mehr preisgeben wollte, als er von den seinen. „Aber es ist noch zu früh, davon zu sprechen. Was ich wissen möchte, ist, ob Sie die Ringe gefunden haben, die Frau Van Burnam gehörten?"

Der triumphierende und spöttische Ton meiner Worte hatte auch die gewünschte Wirkung. Es kam ihm nicht in den Sinn, daß ich mich vor Stolz nicht mehr zu fassen wußte. So warf er mir denn einen durchdringenden Blick zu, — den ersten, dessen er mich bisher jemals gewürdigt hatte, — und fragte mich gespannt:

„Also Sie haben sie gefunden?"

Nun war ich überzeugt, daß er ebensowenig wie ich wußte, wo die Ringe eigentlich waren. Ich erhob mich, um ihn zu verlassen. Da ich aber sah, wie unzufrieden er war und wie begierig er auf eine Antwort wartete, nahm ich eine geheimnisvolle Miene an und bemerkte ruhig:

„Wenn Sie mich morgen besuchen wollen, so will ich Ihnen alles erzählen. Heute bin ich nicht gewillt, Ihnen mehr von meinen Entdeckungen zu verraten, als daß Sie gerade eine entfernte Ahnung bekommen könnten."

Er war aber nicht der Mann, sich mit so wenig genügen zu lassen.

„Entschuldigen Sie mich", sagte er, „aber Dinge von solcher Wichtigkeit lassen sich nicht aufschieben. Die große Schwurgerichtsverhandlung wird innerhalb der nächsten acht Tage stattfinden, und für mich handelt es sich darum, jeden Hinweis auf Howards Schuld oder Unschuld zu sammeln. Ich muß Sie bitten, ganz aufrichtig mit mir zu sein, Miß Butterworth."

„Morgen werde ich es sein."

„Nein, heute! drang er in mich. Sie müssen mir heute alles sagen!"

Da ich einsah, ich würde durch Beharren in meiner Haltung nichts weiter gewinnen, setzte ich mich wieder und sagte, indem ich ihm einen rätselvollen Blick zuwarf:

„Sie geben also zu, daß die alte Jungfer Ihnen trotz allem doch etwas Wichtiges mitzuteilen haben könnte? Ich dachte, daß Sie meine Versuche bloß als einen guten Witz auffaßten. Wie kommen Sie zu dieser Meinungsänderung?"

„Nun, ich will zugeben, ich habe das Spiel gegen Sie verloren; Sie sind viel schlauer als ich gedacht habe. Aber jetzt antworten Sie bitte: Haben Sie die Ringe gefunden? Ja oder Nein!"

„Ich habe sie nicht gefunden. Aber Sie haben sie auch nicht gefunden, und das allein wollte ich wissen. Jetzt kann ich mich wohl empfehlen?"

Es war sonst nicht Herrn Gryces Gewohnheit, zu fluchen, aber diesmal entschlüpfte ihm ein Wort, das ich hier lieber nicht wiedergeben will. Und er machte seinen Fehler im nächsten Augenblick schon wieder gut, indem er erklärte:

„Verehrtes Fräulein, ich habe, wie Sie sich vielleicht noch erinnern werden, einmal gesagt, daß ich den Tag kommen sehe, da ich bezwungen zu Ihren Füßen liegen würde. Dieser Tag ist jetzt gekommen. Und nun, gibt es nicht noch etwas, das der Polizei bekannt ist und worüber Sie sich unterrichten möchten?"

Ich nahm seine Worte scheinbar ernst.

„Sie sind wirklich sehr zuvorkommend", sagte ich. „Ich werde Sie jedoch nicht bemühen, mir Tatsachen zu sagen, die ich selbst gerade so gut entdecken kann. Aber was ich wissen möchte, ist: wenn Sie die Ringe im Besitz einer Person fänden, von der Sie müßten, daß sie zur Zeit des Mordes sich am Tatort befand, würden Sie das nicht als einen Beweis ihrer Schuld ansehen?"

„Zweifellos", antwortete er in so verändertem Ton, daß ich einsah, wie sehr ich auf meiner Hut sein mußte, wollte ich mein Geheimnis bis zum letzten Augenblick für mich behalten.

„Das ist alles, was ich heute von Ihnen will. Auf Wiedersehen, Herr Gryce. Ich werde Sie morgen erwarten." Und damit schritt ich entschlossen zur Türe.

Schon hatte mein Fuß die Schwelle des Zimmers überschritten, als er mich noch einmal zurückhielt, und das nicht etwa durch ein befehlendes Wort oder einen Blick, sondern allein durch seine einfache, gütige Haltung.

„Miß Butterworth", sagte er, „der Verdacht, den Sie schon seit so langer Zeit hegen, hat sich offenbar in diesen Tagen als berechtigt herausgestellt. Sagen Sie mir, bitte, nach welcher Richtung er Ihnen zu weisen scheint."

„Ist es möglich?" fragte ich ironisch, „ist es möglich, daß Sie es für nötig halten, mich um Rat zu fragen? Ich hatte gedacht, Ihre Augen seien zu scharf, als daß Sie meiner Hilfe bedürfen könnten. Sie wissen ebenso genau, wie ich, daß Howard Van Burnam an dem Verbrechen unschuldig ist."

Sein Gesicht nahm einen einschmeichelnden Ausdruck an. Er trat rasch zu mir heran und sagte freundlich lächelnd:

„Vereinen wir unsere Kräfte, Miß Butterworth. Sie haben von allem Anfang an den jüngeren Sohn des Herrn Silas Van Burnam nicht als schuldig erkennen wollen. Damals hatten Sie keine festen Grundlagen für diese Annahme und wollten mir daher Ihre Gründe nicht mitteilen. Haben Sie jetzt etwa mehr Gewißheit? Es ist noch nicht zu spät, Ihren Gründen Geltung zu verschaffen."

„Dazu wird es morgen auch noch nicht zu spät sein", gab ich zurück.

Jetzt endlich war er überzeugt, daß es ihm nicht gelingen würde, mich zu zwingen. Er verneigte sich leicht vor mir.

„Ich vergaß, daß Sie sich mit dieser Angelegenheit nicht als meine Mitarbeiterin, sondern als meine Rivalin beschäftigen wollten." Hier folgte eine zweite Verbeugung, die von einem unverschämten, spöttischen Blick begleitet war. Ich regte mich nicht weiter darüber auf.

„Auf Wiedersehen, morgen."

Damit verließ ich ihn.

Ich kehrte nicht sogleich zu Fräulein Spicer zurück, sondern ging erst zu Pineas Cox, dem Modistengeschäft, dann zu Frau Desberger und schließlich zu den verschiedenen Tramwaykompagnien der Stadt. Es gelang mir nicht, auch nur das leiseste Indizium zu finden, das mich auf die Spur der Ringe gebracht hätte. Ich kam wieder zu dem Schluß, daß Ruth Oliver die Ringe weder verloren noch weggeworfen hatte, sondern daß sie die Ringe noch bei sich haben mußte. Und ich kehrte mit der festen Absicht zu Fräulein Spicer zurück, nicht eher zu ruhen, als bis ich ihre ganze Wohnung durchsucht und die Ringe gefunden hätte.

Aber eine große Ueberraschung wartete meiner. Als der Diener mir die Tür öffnete, konnte ich an seinem verlegenen Gesicht erkennen, daß etwas Unangenehmes geschehen war. Ich fragte ihn, und halb zögernd, halb herausfordernd antwortete er mir:

„Was Besonderes ist nicht geschehen. Aber Fräulein Spicer fürchtet, Sie werden ungehalten sein. Fräulein Oliver ist fortgelaufen, als das Stubenmädchen sie einen Augenblick allein ließ."

Siebenundzwanzigstes Kapitel.

Ich stieß einen lauten Ruf der Ueberraschung aus und lief eilfast die Treppe hinunter.

„Fahren Sie nicht fort!" rief ich dem Kutscher zu. „Ich brauche Sie in zehn Minuten wieder." — Ich lief die Treppe wieder hinauf, in einem Geisteszustand, auf den ich wirklich nicht stolz sein konnte. Welch ein Glück, daß Herr Gryce mich nicht sah.

„Sie ist fort? Fräulein Oliver ist fort?" rief ich dem Stubenmädchen zu, das sich zitternd in einem Winkel der Halle vor mir zu verbergen suchte.

„Ja, — und es ist meine Schuld. Sie lag so ruhig im Bett, ich dachte, ich könnte mich eine Minute entfernen. Aber als ich zurückkam, fehlten ihre Kleider. Sie muß durch die Haupttür geschlüpft sein, als der Diener das andere Ende des Ganges fegte. Ich verstehe gar nicht, wie sie die Kräfte hatte, fortzulaufen."

Auch ich verstand das nicht. Aber ich hielt mich nicht weiter dabei auf, sondern ging rasch weiter und trat in das Zimmer, das ich einige Stunden früher voll froher Hoffnung verlassen hatte. Ich verlor nicht einen Augenblick mit untätigen Betrachtungen, sondern öffnete die Schubladen und die Schranktüren und durchsuchte alles. Mantel und Hut waren nicht mehr da, aber der braune Unterrock hing noch im Schrank; die Geldbörse steckte nicht mehr in der Tasche.

(Fortsetzung folgt.)

Die Leistungen der Landesversicherungsanstalt Westfalen

Münster, 7. November 1923.

Seit einiger Zeit erscheinen in verschiedenen Zeitungen Urteile über die Tätigkeit und Leistungen der Landesversicherungsanstalten, die mehr oder weniger Sachverständigkeit vermissen lassen. Es liegt auf der Hand, daß unter der allgemeinen Notlage, insbesondere der katastrophalen Geldentwertung — wie alles — auch die Landesversicherungsanstalten gelitten haben und noch leiden. Es wäre aber verfehlt, unsere Sozialversicherung, um die uns die ganze Welt beneidet hat, preiszugeben. Insbesondere werden die im Vergleich zu den Kosten der Lebenshaltung verhältnismäßig niedrigen Renten bemängelt. Nachdem jetzt endlich die Beiträge den Teuerungsverhältnissen sich in etwa anpassen, ist auch mit der Zeit auf eine entsprechende Erhöhung der Renten zu hoffen. Da die Erhöhung der Beiträge nach der Reichsversicherungsordnung bisher an Beschlüsse des Reichstags gebunden war, so hatten die Landesversicherungsanstalten, die nicht müde geworden sind, eine rechtzeitige Erhöhung der Beiträge zu fordern, keine Schuld daran, daß eine zu späte und unzulängliche Erfüllung ihrer begründeten Forderungen ihre Finanzen völlig untergrub.

Demgegenüber darf aber nicht vergessen werden, was die Landesversicherungsanstalten für die allgemeine Volkswohlfahrt im Laufe der Jahrzehnte geleistet, wie sie in manchen Zweigen mit großem Erfolge die Führung übernommen haben. Niemand bestreitet heute, daß der Rückgang der Tuberkulose vor dem Kriege hauptsächlich auf die zielbewußte Bekämpfung dieser Volksseuche durch die Landesversicherungsanstalten zurückzuführen war.

Um die Wirksamkeit der Landesversicherungsanstalten zu beleuchten und die Notwendigkeit der Weiterarbeit zu beweisen, geben wir nachstehend einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeitsgebiete der Landesversicherungsanstalt Westfalen hinsichtlich der Volkswohlfahrtspflege und der Bekämpfung der Volkskrankheiten.

1. Heilverfahren.

1. Behandlung von Lungenkranken in zum Teil eigenen Heilstätten und Kurorten.

2. Bewilligung von Kuren in Bädern, Kurorten, Kliniken und Heilanstalten an Rheumatiker, Blutarme, Nervenkranke, Lupuskranke, Operationsbedürftige. Gewährung von Beihilfen zur Beschaffung künstlicher Glieder und orthopädischer Apparate.

3. Unterstützung der Familie des Kranken während seiner Kurzeit.

4. Während des Krieges und in der Nachkriegszeit planmäßige Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten durch Einrichtung von 16 Beratungsstellen, in denen Geschlechtskranke kostenlos untersucht und beraten werden, sowie durch Gewährung kostenfreier Behandlung der Versicherten und ihrer Angehörigen.

5. Durchführung von Kinderkuren in eigenen und anderen Heilanstalten.

6. Erwerb der beiden Heilstätten für lungenkranke Männer, Ambrock und Hellersen, Förderung des Baues einer Heilstätte für lungenkranke Frauen in Lippspringe und deren Belegung mit Versicherten. Errichtung der Waldschule Senne für tuberkulosebedrohte Kinder. Einrichtung eines serologischen Instituts in der Heilstätte Ambrock.

2. Vorbeugende Fürsorge.

1. Unterstützung und Beratung der hierfür getroffenen Einrichtungen, die über die ganze Provinz verteilt und zum Teil von der Landesversicherungsanstalt oder unter ihrer Mitwirkung ins Leben gerufen wurden. Zurzeit sind in Westfalen vorhanden:

Fürsorgestellen für Lungenkranke	120.
Fürsorgestellen für Alkoholkranke	50.
Fürsorgestellen für Mutter und Kind	65.
Gemeindepflegestellen auf dem Lande	153.
Beratungsstellen für Geschlechtskranke (diese gehören sämtlich der Landesversicherungsanstalt und werden ganz von ihr unterhalten)	16.

2. Bereitstellung von Mitteln für die Ausbildung von Gemeindeschwestern und Helferinnen.

3. Wohnungsfürsorge.

1. Bewilligung von Darlehen unter sehr günstigen Bedingungen zum Neubau gesunder, zweckmäßig eingerichteter und geschmackvoller Wohnungen für die minderbemittelte und unbemittelte Bevölkerung, sowie zum Umbau schlechter Wohnungen in einwandfreie.

2. Schaffung und Unterstützung der zur Durchführung dieser Aufgaben erforderlichen Organisationen: „Westf. Wohnungsverein", „Verband westf. Baugenossenschaften" (umfassend mehrere hundert örtliche Bauvereine), „Bauvereinsbank", „Westf. Bauberatungsstelle", Wohnungsfürsorgegesellschaft „Westf. Heimstätte".

4. Invalidenhauspflege.

Unterbringung von hilfsbedürftigen, besonders lungenkranken Rentenempfängern in Invaliden- (Kranken-) häusern.

5. Verschiedenes.

Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, welche Bedeutung die Wohlfahrtspflege der Landesversicherungsanstalt für die Allgemeinheit hat. Wenn sie auch infolge ihrer unverschuldeten mißlichen Lage die freiwilligen Leistungen etwas hat einschränken müssen, so ist doch zu hoffen, daß sie ihre dem Volksganzen dienende Tätigkeit bald in vollem Umfange wieder aufnehmen und noch weiter ausdehnen kann zum Heile unserer Heimatprovinz und des ganzen deutschen Vaterlandes.

Lokales.

Gelsenkirchen, den 9. November 1923.

Unruhen in Schalke.

Zerstörungen an der Zeche „Unser Fritz". — Die Belegschaft zieht nach Schalke. — Zusammenstoß mit der Polizei. — Zwei Tote und fünf Schwerverletzte.

△ Um Verhandlungen mit dem Direktor des Mannesmannkonzerns, dem Bergassessor Bußkühl, durchzusetzen, faßte die rund tausend Mann starke Belegschaft der Zeche „Unser Fritz" gestern vormittag den Beschluß, nach Schalke zu ziehen. An der Ausführung hinderte sie indessen die Besatzungsbehörde. Die Leute rückten nun an ihre Zeche, zerstörten, was sie zerstören konnten. Dann gelang es ihnen wirklich, nach Schalke zu kommen. Das war am Nachmittag. Mehrere Tausend von ihnen hatten sich

mit neuen Hackenstielen,

Totschlägern und ähnlichen Gegenständen, die im allgemeinen bei Verhandlungen nicht notwendig sind, bewaffnet. In der Bismarckstraße gelang zunächst der Versuch, die Leute von einem weiteren Vorrücken abzuhalten. Sie gingen zunächst auseinander, sammelten sich aber wieder in der Grillostraße und wollten von dort durch die Schalkerstraße in die Gewerkenstraße, wo das Hauptverwaltungsgebäude steht. In der Schalkerstraße kam es zum

Zusammenstoß mit der Polizei,

die sich ihnen entgegengestellt hatte. Die Menge, die in der Hauptsache aus jungen Leuten bestand, bedrängte die Beamten mit Totschlägern und anderen Werkzeugen so, daß der Befehl von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, gegeben werden mußte.

Leider forderte auch diesmal der Aufruhr seine Opfer:

Zwei Tote, fünf Schwer- und zwei Leichtverletzte

wurden in die Krankenhäuser eingeliefert. Die Toten, die Verletzten und die Verhafteten stammen aus Wanne.

Der zweite Zug nach Schalke. — Erneuter Zusammenstoß mit der Polizei. — Vier Tote.

Zwischen vier und fünf Uhr rückte, wie wir von privater Seite erfahren, wieder ein Zug in Schalke ein. Diesmal bestand die Menge aus

15—20 Tausend Leuten,

von denen die ziemlich vollzählig angetretenen kommunistischen Hundertschaften das Hauptkontingent gestellt hatten. Ein großer Teil von ihnen war wieder mit Knütteln, Totschlägern usw. bewaffnet. Die Beamten der Zeche „Unser Fritz" waren gezwungen worden,

im Zuge mitzumarschieren;

für den Fall der Weigerung hatte man sie mit Totschlagen bedroht. Da die Polizei wieder hart bedrängt, ja sogar angegriffen wurde, mußte wieder von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden. Dabei sollen

vier Leute tot auf dem Platze

geblieben sein. Von den Polizeibeamten wurden mehrere verletzt, doch keiner lebensgefährlich. Die meisten trugen Kopfwunden durch Hackenstiele verursacht, davon. Man hat Grund, anzunehmen, daß die Demonstranten ihr auf „Unser Fritz" begonnenes Zerstörungswerk an anderen Zeche, vor allem an der Zeche „Konsolidation" fortzusetzen. In Schalke wurde indessen die Menge zerstreut.

---

* **Das für heute angesetzte Konzert des Sterberg-Chors fällt,** wie kurz vor Redaktionsschluß mitgeteilt wird, infolge Todesfalls in der Familie des Dirigenten aus.

⁂ **Kirchensteuer Propstei.** Heute und morgen werden die Kirchensteuerbescheide für die Ab- und die Arminstraße zugestellt. Ab Oktober wird die Höhe der Kirchensteuern monatlich festgesetzt. Für die Monate Oktober und November ist das Tausendfache der auf dem Steuerzettel verzeichneten Kirchensteuersumme zu zahlen. Die Zahlung erfolgt an die Kirchenkasse.

═ **Hochherzige Tat.** Einer armen Witwe im Nordwesten unserer Stadt war es infolge der katastrophalen Teuerung unmöglich sich das nötige Brot zu kaufen. Ein in der Nähe wohnender Arzt schenkte der Witwe nach Aufklärung ihrer Verhältnisse 2 Brote und 20 Milliarden in bar, eine Tat, die in den weitesten Kreisen als Vorbild dienen dürfte.

☆ **Volkshochschule der Stadt Gelsenkirchen.** Mit Rücksicht auf die anhaltende Geldentwertung mußten die Hörergelder für die Hörer der Volkshochschule um 30 Milliarden erhöht werden. Hierbei nehmen wir Bezug auf den Vermerk im Lehrplan. Die Hörer werden gebeten, den genannten Betrag im Zimmer 12 der Vestaschule (Schalkerstraße 16) oder an den am Schlusse der nächsten Vorlesung im Geschäftszimmer des Hausmeisters des Realgymnasiums anwesenden Angestellten zu zahlen. — Die nächste Vorlesung des Studiendirektors Dr. Achenbach über „Systematische Einführung in die Chemie der Metalloide" findet nicht heute, sondern erst am nächsten Freitag, 16. November, statt.

☆ **Die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen** haben gestern eine weitere Erhöhung der Fahrpreise eintreten lassen.

═ **Zur Annahmepflicht von Reichsmark bei Inlandsgeschäften.** Die gestern veröffentlichte Verordnung über die Verpflichtung zur Annahme von Reichsmark bei Inlandsgeschäften erscheint heute im „Reichsgesetzblatt" in einer Fassung, die dahin abgeändert worden ist, daß der § 2 Abs. 1, sowie der § 3 Abs. 2 erst mit den für sie zu erlassenden Durchführungsbestimmungen in Kraft treten. Der Erlaß der Durchführungsvorschriften ist nicht vor nächster Woche zu erwarten. Demnach ist bis zum Erlaß der Durchführungsvorschriften der alte Rechtszustand wiederhergestellt. Die Vorschriften, wonach die Anrechnung der Papiermark zum letzten Kurse bindend vorgeschrieben ist, trete zunächst also noch nicht in Kraft.

═ **Abgefaßte Einbrecher.** In der Nacht zum Montag versuchten Diebe in das katholische Pfarramt Gelsenkirchen-Neustadt einzudringen. Sie wurden von der Polizei überrascht, als sie noch mit dem Durchsägen der Eisenstäbe an einem Kellerfenster beschäftigt waren. Einem der Täter gelang es noch, zu entfliehen, während seine Komplizen den Gang zum Polizeigewahrsam antreten mußten. Sie hatten vollständiges Einbrecherwerkzeug wie Sägen, Bohrer, Dietriche usw. bei sich. Ferner ordnungsmäßige Papiere auf einen falschen Namen. Sie wurden aber überführt und ihre richtigen Personalien festgestellt. Es handelt sich um Leute, die auch für mehrere schwere Einbrüche in Gerthe bei Bochum in Frage kommen.

═ **Entsprungen und wieder eingefangen.** Festgenommen wurde ein Mann, der in der Kaiserstraße Personen überfallen hatte. Er gab auf dem Polizei-Revier einen falschen Namen an, wurde aber durch die Kriminalpolizei als entsprungener Strafgefangener festgestellt, dem noch weitere Straftaten zur Last gelegt werden.

Aus dem Vereinsleben.

═ **Theatergemeinschaft „Bühnenvolksbund".** Das Bureau des Bühnenvolksbundes ist von Neustraße 1 nach Thereienstraße 7 (Gesellenhaus Zimmer 1, unten rechts) verlegt worden. Das Bureau ist ab Samstag, den 10. November, täglich vormittags von 9—1 Uhr geöffnet. Die erste Vorstellung für Gruppe Gelb findet Dienstag, den 13. November, abends 7½ Uhr statt. Auf Wunsch zahlreicher Mitglieder der Gruppe Gelb wird die Oper „Martha" gegeben. Da die Vorstellung in Goldmark bezahlt werden muß, sind wir gezwungen, auch von unseren Mitgliedern Goldmarkpreise zu erheben. Der Eintrittspreis beträgt 45 Goldmarkpfennige, wozu eine Vorausbezahlung von 15 Goldmarkpfennigen tritt. Demnach sind insgesamt 60 Goldmarkpfennige zu entrichten. Die Einlösung der Tages-Eintrittskarten erfolgt von Samstag bis Montag. Am Montag ist das Bureau ausnahmsweise auch nachmittags von 3—6 Uhr geöffnet. Diejenigen Inhaber der gelben Ausweiskarte, die infolge der Preisgestaltung von der Mitgliedschaft zum B. V. B. zurücktreten möchten, werden gebeten, ihre Ausweiskarte bereits Samstag auf dem Bureau abzugeben, damit darüber anderweitig verfügt werden kann. Ab Dienstag kommender Woche werden die Ausweiskarten für die 3. Gruppe (Rot) ausgegeben. (Vergl. die Anzeige in der morgigen Nummer dieses Blattes).

△ **Sterbekasse „Grabeshilfe".** Es müssen von jedem Mitglied 10 Milliarden Mark einkassiert werden. Die Vertrauensleute werden gebeten, sofort mit dem Einkassieren zu beginnen und die Beträge unverzüglich an den Kassierer abzuliefern. Ferner ergeht an die Vertrauensleute die Bitte, größere Teilzahlungen von Mitgliederbeiträgen an den Arbeiterlekretär abzuführen.

Aus der Umgegend.

Plünderungen in Rotthausen.

☆ **Rotthausen,** 8. Nov. Selten verlief in Rotthausen ein Tag so unruhig wie der heutige. In der Nacht hatten die Plünderungen eingesetzt und im Laufe des Tages wiederholten sie sich in stärkerem Maße. Mehrere Geschäfte wurden vollständig ausgeraubt. Die Plünderer suchten u. a. das Gehöft von Johannisbauer, ein Lebensmittelgeschäft in der Karl Mayer- und einen Weißwarenladen in der Brunostraße, ferner die Geschäftsstellen der Konsumgenossenschaften „Eintracht" und „Wohlfahrt" auf. Die Franzosen griffen in einem Falle ein, zerstreuten die Menge und sorgten für einen geregelten Verkauf. Heute nachmittag um 4 Uhr traf eine Abteilung der Essener Polizei ein; sie zerstreute die größeren Ansammlungen, doch bildeten sich immer wieder kleinere Gruppen in den verschiedenen Teilen des Ortes.

Von anderer Seite wird uns mitgeteilt: Gestern stellten die Erwerbslosen eine neue Forderung, die aber vom Oberbürgermeister in Gelsenkirchen abgelehnt wurde. Darauf zogen die Erwerbslosen nach Rotthausen zurück und überschwemmten die Gemeinde, wobei es zu zahlreichen Plünderungen kam. Insgesamt 25 Geschäfte, darunter vornehmlich Bäckereien, Metzgereien und Kolonialwarengeschäfte, wurden teils ausgeplündert, teils zu Zwangsverkäufen bei wesentlich herabgesetzten Preisen gezwungen. Da Rotthausen ohne polizeilichen Schutz ist, wurde erst spät dem Treiben der Erwerbslosen durch die Besatzung ein Ende gemacht. In der Nacht wurden dann die beiden Konsumvereine „Eintracht" und „Wohlfahrt", sowie einige andere Geschäfte erbrochen und stark in Mitleidenschaft gezogen. Im Laufe des heutigen Tages ist dann Essener Polizei eingerückt. Zur Stunde (10 Uhr abends) herrscht Ruhe.

---

* **Watzenscheid,** 8. Nov. Die städtischen Beamten beschlossen, die Volkswehrung durch eine freiwillige Beisteuer bis zu 10 Prozent des Gehaltes auf gewisse Zeit zu unterstützen, ein Beschluß der Anerkennung verdient. Angesichts der Not weiterer Kreise hat die Kaufmannschaft den Beschluß gefaßt, die Verbleibspanne herabzusetzen durch folgende Vereinbarung: „Die gesamte Kaufmannschaft und die Gewerbetreibenden verpflichten sich, überall in ihren Kreisen bekanntzugeben, ab Montag, 5. November, ihre Verdienstspanne um zirka ein Drittel gegen vorher zu reduzieren. Außerdem soll bei Einkäufen den Anmaßen der Armen auf Vorlegen eines Bedürftigkeitsscheins, ausgestellt von der Wohlfahrtspflege, die Verdienstspanne um ein weiteres Drittel herabgesetzt werden. Diese Regelung wurde getroffen in der Erkenntnis, daß den Armen geholfen werden müsse, und daß jeder nach seinen Kräften damit beitragen kann, daß auch fernerhin die Ruhe und Ordnung in unserer Stadt und Gemeinde gewahrt bleibt. Der Unterausschuß der Preisprüfungsstelle ist angewiesen, gegen alle diese Vereinbarung Verstoßenden und die geltenden gesetzlichen Bestimmungen Nichtachtenden so vorzugehen, daß dieselben zur Rechenschaft gezogen werden können.

* **Röhlinghausen,** 8. Nov. Seit dem 15. Okt. 1923 wird die am 4. Nov. 1909 in Röhlinghausen geborene Schülerin Sofie Zielkowitz, zuletzt bei den Eltern in Eickel, Kaiserstraße 36 wohnhaft, vermißt. Beschreibung: gelockte Gestalt, blondes Haar und blaue Augen, bekleidet mit rotgestreifter Bluse, blauem Faltenrock, schwarzem Unterrock, schwarzen Strümpfen und Halbschuhen. Das Kind war ohne Kopfbedeckung und trug eine Ledermappe mit Schulbüchern. Weiter wird seit mehreren Wochen die Schülerin Anna Wolniczak, geb. 20. Januar 1911, zuletzt bei den Eltern zu Günnigfeld, Aschenbruchstraße 2 wohnhaft, vermißt. Beschreibung: zirka 1,50 Meter groß, blondes Haar, gesundes Aussehen, kräftig entwickelt, spricht deutsch und polnisch, bekleidet mit karrierter Bluse, blaukarriertem Rock, Schnürstiefeln, braunen Strümpfen. Das Mädchen hat mutmaßlich ohne Benachrichtigung der Eltern eine Stellung angenommen.

* **Wanne,** 8. Nov. In der Goethestraße wurden einem Arbeiter zwei Gänse gestohlen. Die Polizei ermittelte den Dieb und der Bestohlene erhielt sein Eigentum zurück. Die Gänse waren aber schon abgeschlachtet. — Ferner kamen drei Hühnerdiebstähle vor. Die Diebe erbeuteten in der Zechenstraße zwei, in der Kastanienallee acht Tiere. — In ein Lebensmittellager an der Hindenburgstraße wurde in einer der letzten Nächte eingebrochen. Die Diebe machten erhebliche Beute. — Auf Zeche „Unser Fritz" wurde durch einen Dieb, der dem Umkleideraum einen Besuch abstattete, elf Arbeitern die Arbeitskleidung gestohlen.

* **Herne,** 8. Nov. Am Montag abend hat sich hier eine furchtbare Bluttat abgespielt. Einer 27jährigen Ehefrau wurde mit einem Messer die Gurgel durchgeschnitten, so daß sie sofort tot war. Die Täterschaft lieat noch im Dunkeln. Die Frau hatte sich nach Scheidung von ihrem ersten Manne zum zweiten Male verheiratet; zwischen dem zweiten Manne und ihr haben häufig Streitigkeiten stattgefunden. Der Mann ist am Montag abend um 11 Uhr nach Recklinghausen gefahren, was um so auffallender ist, als er nichts Bestimmtes vor hatte. Der Mann wurde festgenommen und in Herne verhaftet. Er gibt nun an, daß ein Kohlenhändler in seinem Haushalt weilte, die Tat begangen habe. Dieser Kohlenhändler ist spurlos verschwunden. Hoffentlich gelingt es bald, das Verbrechen aufzuklären.

□ **Recklinghausen,** 7. Nov. Der Regierungspräsident von Münster hatte heute unter Beisein des Vertreters des Landrats von Recklinghausen und des Vertreters des Oberbürgermeisters eine erste Begegnung mit dem kommandierenden General der 47. Infanteriedivision General Laignelot. Die Herren besprachen die Lebensmittelversorgung des Stadt- und Landkreises Recklinghausen, ferner die Ernährungsfrage, Polizeifragen, die Rückkehr der Ausgewiesenen usw. General Laignelot sagte dem Regierungspräsidenten entgegenkommende Behandlung aller besprochenen Angelegenheiten zu.

Arbeiter- und Gewerkschaftsfragen

Zechenverband und Notlage der Bergleute.

Vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter wird uns geschrieben:

„Unter den Bergleuten herrscht wirklich eine große Notlage. Dabei soll nicht verkannt werden, daß es auch außer den Bergleuten noch hungernde und notleidende Menschen gibt. Es darf jedoch nicht unbeachtet bleiben, daß die Bergleute eine schwere und gesundheitsschädliche Arbeit zu verrichten haben. Diese schwere Arbeit erfordert eine wenigstens einigermaßen auskömmliche Ernährungsmöglichkeit, die aber nur dann vorhanden ist, wenn sich die Löhne der Geldentwertung und Warenpreissteigerung in etwa anpassen. Für die Notlage der Bergleute und einer der schweren Arbeit entsprechenden Lohnpolitik im Ruhrbergbau hat der Zechenverband kein Verständnis. Ein Beispiel aus der allerletzten Zeit soll das beweisen.

Am Donnerstag, 1. November wurde für den Ruhrbergbau ein Schiedsspruch gefällt. Durch den Schiedsspruch wurde der Durchschnittslohn der Bergleute auf über 147 Milliarden je Schicht für die Lohnwoche vom 29. Oktober bis 5. November erhöht. Der Lohn sollte in dem Ausmaß aufgebessert werden, als sich der Markkurs am 2. November gegenüber dem 1. November verschlechterte. Weil die Mark sich nun am 2. November weiter verschlechterte, stieg der Lohn automatisch auf durchschnittlich 363 Milliarden Mark. Durch den Schiedsspruch wurde im Durchschnitt ein Goldlohn nach dem amtlichen Dollarkurs von mindestens 4,05 Goldmark gesichert. Diesem Schiedsspruch haben alle Schlichtungsausschußmitglieder ihre Zustimmung gegeben. Außer den Unparteiischen, die Arbeitnehmer und Arbeitgebervertreter. Als Arbeitgebervertreter hat auch der Vorsitzende des Zechenverbandes, Generaldirektor Wisloit, dem Schiedsspruch zugestimmt.

Jedermann mußte annehmen, daß damit die endgültige Zustimmung der Bergbauunternehmer erfolgt sei und der im Schiedsspruch festgesetzte Lohn auch an die Bergleute gezahlt würde. Doch wer das glaubte, der irrte sich. Was tut der Zechenverband? Er verweigert die Zahlung der Schiedsspruchlöhne an die Bergleute. Der Zechenverband hat an die Zechen die Anweisung gegeben, nur die 147 Milliarden, und nicht die 363 Milliarden zu zahlen. Das ist ein Goldlohn pro Schicht für die Bergleute nach dem Montagskurs von 1,47 Goldmark. Derselbe Vorsitzende des Zechenverbandes, der in Berlin für den Schiedsspruch stimmte, weist die Zechen an, daß ein weit niedriger Lohn an die Bergleute gezahlt wird, als er selbst in Berlin für notwendig hält. Was sagt die öffentliche Meinung zu diesem unsozialen Verhalten der Ruhrgrubenbesitzer?"

Theater • Musik • Vorträge

Martha.

Oper von Flotow.

Vorstellung des Wanne-Herner Theaters für den „Bühnenvolksbund".

Gelsenkirchen, 8. Nov. 1923.

So brillant der Einfall, den Gesindemarkt zur Grundlage einer Oper zu machen, so unoriginell ist der Gedanke zur Lösung eines an und für sich schon locker geknüpften Knotens zu dem abgenutzten Ring zu greifen, der in der Stunde der höchsten Not der Königin vorzuzeigen ist. Und dann ermöglicht der aufgedeckte Adel die Verlobung! Aber sich nicht durch die mehr süßlichen als süßen Weisen betören läßt, liebt im Hintergrunde schon den Markt zu Baumarkel, wo der biedere Lyonel seine in Richmond erstandene Lady wieder los werden kann. Aber nicht nur im Text, sondern auch in der Vertonung merkt Folgerichtigkeit und Gemütstiefe durch Eleganz und Lebendigkeit ersetzt; die Ouverture bleibt trotz ihres unschönen Schlusses wirkungsvoll, und drei oder vier Melodien werden wohl nie verklingen. Die „Letzte Rose" ist ein irisches Volkslied.

Beinahe wäre aus der gestrigen Vorstellung in der Stadthalle nichts geworden. Herr Danske, der auf den Lyonel einstudiert war, hatte in Gelsenkirchen das Unglück, vom Straßenbahnwagen zu fallen und sich unangenehme Verletzungen zuzuziehen. Für ihn sprang im allerletzten Augenblick Herr Marchand vom Essener Theater, den der Zufall in die Stadthalle geführt hatte, ein. Es wäre unter diesen Umständen ein Wunder gewesen, wenn sich bei ihm nicht eine gewisse Zurückhaltung bemerkbar gemacht hätte, aber dadurch wurde der Gesamteindruck der in sich abgeschlossenen, ästhetischen Leistung nicht berührt. Jedenfalls ist ihm die Theatergemeinschaft für sein mutiges und selbstloses Eintreten zu Dank verpflichtet.

In vornehmer Rücksichtnahme auf den Gast bändigte Bruno Bergmann seine Lunge im ersten Aufzug so, daß im Publikum ein banges Erstaunen Platz griff, das später allerdings, als des Basses Grundgewalt losgelassen wurde, dem Behagen wich. Dem Mädleford Ernst Freudenbergs fehlte nur die Komik der Figur; man glaubt es einem schlanken Vierziger nicht recht, daß er von zarten Frauenhänden zum Tanze gewirbelt, nach wenigen Minuten kraftlos zusammenbricht. Die Lady Charlotte Gleithbergs, stimmlich recht gut veranlagt, hätte im Spiel bewegsamer, ausgelassener sein müssen. Richtiges Theaterblut rollt dagegen in den Adern Else Röser-Schneiders; sie brachte als Nancy Leben in die Handlung und erzielte mit ihrem mehr als ausgiebigen und vollen Messosopran im Verein mit Bergmann durch das Schlußduett des vierten Aktes den größten Beifall. Die beiden ersten Solomägde machten ihre Sache gut, die dritte jedoch erledigte sich ihrer Aufgabe zwar ohne einen musikalischen Verstoß, aber auch ohne jede Laune. In der Regel überträgt man diese Partie einer komischen Alten, die vom Polizeidiener, eine, allenfalls komischen Erscheinung, anzuwerben ist. Dadurch wird die Szene belebter. Der Chor war nicht übermäßig stark, aber tüchtig. Im Orchester, das unter Bollinis Leitung im allgemeinen auf der Höhe stand, gewannen während der Ouverture die Blasinstrumente vorübergehend allzusehr die Oberhand, und das Spinnquartett — die wertvollste Partitur der Oper — hätte etwas dezenter begleitet werden können. Mit unserer mustergültigen Beleuchtungsanlage scheinen die Wanne-Herner noch nicht recht Bescheid zu wissen; gestern kam jedesmal eine Abendstimmung heraus. Die letzte Szenerie, die ja ein von der Lady konstruiertes Potemkinsches Dorf darstellt, darf dem Markt nicht klavisch nachgebildet sein.

Handel und Gewerbe.

Wirtschaftszahlen von heute.

Dollar (amtlich)	628 425 000 000 M.
1 Goldmark (1 Dollar durch 4,2)	149 625 000 000 M.
1 Goldzollmark	936 000 000 M.
Silberankaufspreis ab 5. Nov.	35 000 000 000 %
Reichsbankdiskont	90 %
Postkarte im Nahverkehr ab 5. Nov.	200 000 000 M.
Postkarte im Fernverkehr ab 5. Nov.	500 000 000 M.
Brief im Nahverkehr ab 5. Nov.	500 000 000 M.
Brief im Fernverkehr ab 5. Nov.	1 000 000 000 M.
Personenverkehrsindex ab 3. Nov.	100 000 000 000 M.
Güterverkehrsindex ab 3. Nov.	100 000 000 000 M.
Großhandelsindex ab 30. Okt.	18 700 000 000 %
Lebenshaltungsindex ab 29. Okt.	13 871 000 000 %
Ortsgespräch	1 500 000 000 M.
Buchhändlerindex ab 6. Nov.	161 000 000 000 M.
Buchdruckgewerbeindex ab 31. Okt.	890 000 000 M.
Landabnahmeindex	137 000 000 M.
Arztpreistaxe ab 20. Okt. im bes. Gebiet	38 700 000 %
Kleinhandelsmultiplikator *)	160 000 000 000 M.
Reichssteuerumrechnungssatz ab 5. Nov.	150 000 000 000 M.
Elektrizitätspreis für Licht und Kraft (1 Kilowattstunde) und Gaspreis (1 Kubikmeter):	Rechnung auf Goldmarkbasis nach Tageskurs.

*) Die Festsetzung erfolgt jeden Tag.

Bezug von Goldpfandbriefen.

Berlin, 8. Okt. Nachdem die Zeichnung 5prozentiger reichsmündelsicherer Goldpfandbriefe der Preußischen Landespfandbriefanstalt nach mehrfacher Ueberzeichnung geschlossen worden ist, gibt die Anstalt an ihrer Kasse Berlin SW. 68, Schützenstraße 26, weitere Goldpfandbriefe (im Werte von zirka 200 000 Gramm Feingold = rund 550 000 Goldmark) freibleibend zu 100 Prozent ab. Der Gegenwert ist nur in Goldanleihe oder Dollarschatzanweisungen (unter Zugrundelegung des amtlichen Kurswerts) oder in Rentenmarkscheinen (nach dem diese in Verkehr gesetzt sind), zu zahlen. Die Stückelung der Goldpfandbriefe, die durch vorsichtig bemessene Goldhypotheken auf neuen, der Zwangswirtschaft nicht unterliegenden Wohnhäusern gedeckt sind, ist 1, 5, 10 und 20 Gramm, so daß die wertbeständige Anlegung auch kleinerer Vermögen darin möglich ist.

Berliner Börsenbericht.

═ Berlin, 8. Nov. (Telegr.) Da vom Auslande höhere Markkurse vorlagen und die Nachfrage nach Devisen etwas nachgelassen hat, gelang es der Reichsbank, die Devisenpreise bei unveränderter Zuteilung auf dem gestrigen Stande zu halten. Für Effekten überwog das Angebot, so daß nach allgemeiner Ansicht für morgen mit einem schwachen Verlauf der Börse zu rechnen ist, zumal auch die Geldverteilung für Sätze von 17—20 Prozent anhält.

Berliner Produktenbericht.

)(Berlin, 8. Nov. (Telegr.) Bei der Verwirrung, die infolge der verschiedenen täglichen Verordnungen in bezug auf die weitere Entwicklung der Währung herrscht, stockt das Geschäft am Produktenmarkt wieder in engen Grenzen, zumal auch das Angebot recht knapp bleibt. Die Unternehmungslust ist allgemein so gering, daß in den meisten Artikeln das Angebot die Kauflust noch überwog, so daß die Preise teilweise weiter abbröckelten. Dies besteht sich insbesondere auf Brotgetreide, Gerste und Hafer, die alle schwer verkäuflich waren.

Der Großhandelsindex.

)(Berlin, 7. Nov. Die auf den 6. November berechnete Großhandels-Indexziffer ist gegenüber dem Stande vom 30. Oktober um 501,2 v. H. gestiegen. Das Lohnniveau der Großhandels-Indexziffer hat sich in der gleichen Zeit von 120,5 auf 129 oder um 7,1 v. H. gehoben. Im Durchschnitt Oktober hat sich das Niveau der Großhandelspreise in Papiermark um 29 525 v. H. auf das 7,2milliardenfache des Friedensstandes und der Goldmark von 101,7 im Durchschnitt September auf 117,9 oder um 15,9 v. H. im Durchschnitt Oktober gehoben.

Gelsenkirchener Wochenmarkt.

═ Gelsenkirchen, 8. Nov. Auf dem letzten Wochenmarkte wurden folgende Preise je Pfund notiert: Tafeläpfel Pfd. 90 Milliarden. Blumenkohl Kopf 320 Milliarden. Endivien 1 Kopf 25 Milliarden. Grünkohl 1 Pfd. 3 Milliarden. Karotten Pfd. 14 Milliarden. Kohl, blau, Pfd. 8 Milliarden. Kohl, weiß, Pfd. 2 Milliarden. Kohl, Wirsing, Pfd. 20 Milliarden. Kohlrabi Stck. 4 Milliarden. Mohrrüben Pfd. 13 Milliarden. Petersilie 1 Bargel 1 Milliarde. Porree Pfd. 40 Milliarden. Preiselbeeren Pfd. 30 Milliarden. Rapunze (Feldsalat) Pfd. 30 Milliarden. Sellerie 1 Knolle 11 Milliarden. Spinat Pfd. 30 Milliarden. Zwiebeln Pfd. 9 Milliarden. Schweinefleisch Pfd. 200 Milliarden. Speck, geräuchert, Pfd. 185 Milliarden. Speck, grün, Pfd. 130 Milliarden. Schellfisch, groß, Pfd. 40 Milliarden. Schellfisch, mittel, Pfd. 30 Milliarden.

Niederrhein. Wetterdienst Aachen-Essen.

)(Der Luftdruck sinkt nur sehr langsam. Wir haben daher auch am Freitag bei wechselnder Bewölkung noch vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten. Nachts ist leichter Frost wahrscheinlich, doch dürften tagsüber die Temperaturen wieder etwas höher ansteigen als am Vortage.

In unser Handelsregister Abteilung B ist unter Nr. 387 heute die Firma: Kospoli, Gesellschaft mit beschränkter Haftung für Tabakfabrikate in Gelsenkirchen eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. Sept. 1923 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Groß- und Kleinvertrieb von Tabakwaren jeder Art. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 1 000 000 000 Mk. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Adolf Klabbes in Gelsenkirchen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder für sich allein vertretungsbefugt. 26294

Gelsenkirchen, den 27. Okt. 1923.
H.-R. B 387. Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abteilung B ist bei der unter Nr. 346 eingetragenen Firma: Heller & Thiele, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit dem Sitz in Rotthausen, heute folgendes eingetragen: Die Firma lautet jetzt Heller & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Gesellschaftsbeschluß vom 7. August 1923. Der Geschäftsführer Wilhelm Thiele aus Essen ist abberufen. Die Zweigniederlassung Essen ist aufgehoben. 26297

Gelsenkirchen, 27. Okt. 1923.
H.-R. B 346. Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abteilung A ist bei der bisher unter Nr. 963 eingetragenen Firma Wilhelm Nagge in Gelsenkirchen heute eingetragen: Die Firma ist geändert in W. Nagge & Co. in Gelsenkirchen und unter Nr. 1537 des Handelsregisters Abteilung A neu eingetragen. Offene Handelsgesellschaft. Die Kaufleute Robert Nagge und Willi Hille in Gelsenkirchen sind in das Geschäft als persönlich haftende Gesellschafter eingetreten. Die Gesellschaft hat am 1. Jan. 1923 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft ist jeder Gesellschafter in Gemeinschaft mit einem anderen Gesellschafter oder einem Prokuristen ermächtigt. 26290

Gelsenkirchen, 15. Oktober 1923.
H.-R. A 1537. Amtsgericht.

Verantwortlich Chr. Münstermann, Buchdruckerei, Gelsenkirchen

Rheinische Rekord-Versicherungs-Aktien-Ges.

Krefeld-Köln.

Eigenes Kapital 10 Millionen holl. Gulden.
6 Milliarden Mark, starke Reserven.
Versicherung absolut wertbeständig.
Feuer, Einbruchs-Diebstahl, Transport, Automobil, Unfall, Haftpflicht.

Konkurrenzlose Tarife.

Seriöse Vertreter werden gesucht. Glänzende Verdienstmöglichkeiten. — Angebote an die „Rheinische Rekord"-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Krefeld. 26065

Für die wohltuenden Beweise der Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes und Bruders **danken wir herzlichst.**

Familie August Friedberg.

Rotthausen, den 8. November 1923.

Bäckermeisterssohn, 20 Jahre, vertraut m. sämtl. Arbeiten, gute Zeugnisse **sucht sofort Stellung.** Schriftl. Anerb. u. Nr. 26362 a. d. Gesch.

Tüchtiges 26322
Mädchen
für alle Hausarbeit u. bürgerliche Küche sofort gesucht.
Neustraße 9.

Bekanntmachungen der Stadtverwaltung.

Gebührenordnung
für die Bezirksschornsteinfegermeister der Stadt Gelsenkirchen.

Die am 27. September d. J. erlassene Gebührenordnung wird dahin abgeändert, daß ab 5. November d. J. der Teuerungszuschlag auf das 14-milliardenfache der Grundgebühr erhöht wird. Die Gebühren sind sofort nach Kehrung und Vorlage der Rechnung fällig. Verzögert sich die Zahlung, dann kommen die am Zahltage geltenden Gebührensätze in Anrechnung. Ueber den Unterschiedsbetrag ist eine Nachtragsrechnung zu erteilen. 26308

Gelsenkirchen, den 8. Nov. 1923.
Der Oberbürgermeister.

Für den Bezirk der Stadt Gelsenkirchen erläßt der vorläufige Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises die folgende

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung der Reichsregierung vom 15. Oktober 1923 über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge und den hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen vom 25. Oktober 1923 sind ab 1. November 1923 ⅔ der Kosten für die Erwerbslosenfürsorge und der notwendigen Kosten des öffentlichen Arbeitsnachweises durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufzubringen. Beitragspflichtig sind alle auf Grund der Reichsversicherungsordnung zur Krankenversicherung im Stadtbezirk Gelsenkirchen beschäftigten, pflichtversicherten Arbeitnehmer und deren Arbeitgeber. 26313

Für jeden Arbeitnehmer sind als Beitrag 20 Proz. der Krankenkassenbeiträge zu entrichten, wovon Arbeitgeber und Arbeitnehmer je die Hälfte zu tragen haben. Diese Beiträge sind als Zuschläge zu den Krankenkassenbeiträgen und gleichzeitig mit diesen zu entrichten; jedoch soll der Arbeitgeber eine Mitteilung an die Krankenkasse ergehen lassen, welcher Betragsteil für die Erwerbslosenfürsorge bestimmt ist. Auf die Zahlung finden die §§ 28, 29 und 394—405 der Reichsversicherungsordnung Anwendung und werden Beitragsrückstände wie Gemeindeabgaben beigetrieben.

Die Krankenkassen haben die Pflicht, die Beitragsstelle nach Eingang, spätestens nach einer Woche an die Stadthauptkasse Gelsenkirchen, Konto Erwerbslosenfürsorge, abzuführen. Die Krankenkassen haben die rechtzeitige und vollständige Beitragsentrichtung zu überwachen. Sie haben die Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge besonders zu buchen und monatlich, spätestens bis zum 15. des auf den Abrechnungsmonat folgenden Monats über die Gesamteinnahme an Beiträgen unter Angabe der Zahl der in diesem Zeitraum beitragspflichtigen Mitglieder der Stadt Gelsenkirchen Rechnung zu legen.

Beiträge, die nicht rechtzeitig abgeführt werden, müssen mit entsprechend aufgewertetem Geld entrichtet werden. Als Meßziffer hierfür gilt die Reichsrichtzahl der Lebenshaltungskosten.

Gelsenkirchen, den 5. Nov. 1923.

Der vorläufige Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises für den Stadtbezirk Gelsenkirchen:
Sieglar, Vorsitzender.

In unser Handelsregister Abteilung B ist unter Nr. 389 heute die Firma: J. Jacion, Gesellschaft mit beschränkt. Haftung, Gelsenkirchen eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 22. Sept. 1923 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der An- und Verkauf von Fischen und Lebensmitteln jeder Art und die Beteiligung an Geschäften gleicher und ähnlicher Art. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 1 000 000 000 Mark. Zu Geschäftsführern sind bestellt **Isaak Jacion**, Kaufmann, Gelsenkirchen, Ringstr. 4, **Ehefrau Isaak Jacion, Flora geb. Maisel**, Gelsenkirchen, Ringstr. 4, und **Samuel van Plenis**, Rotthausen, Wiebaasenstr. 60. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. 26298

Gelsenkirchen, 31. Okt. 1923.
H.-R. B 389. **Amtsgericht.**

Alpaka-Messer, Gabel, Löffel

billigst abzugeben.

Pabst
Schalkerstr. 26-28.

Verkaufe 26325
Geschäftshaus

mit Fettwarengesch., 1 Pferd u. 4 Wagen m. Mobiliar u. sonst. Inventar geg. Dollar. Näh. i. d. Geschäftsst.

Tausche meine 2 einzelne 26301
Zimmer
gegen 2—3 durcheinandergehende.
Otto Wagner, Industriestr. 63, part. rechts.

Anst. saub. Mädchen, Ostpr., 23 J., mit all. Arbeiten vertraut, auch im Nähen u. Kochen,
sucht Stellung
ob. bess. Hause ab 1. Dezember.
Schriftl. Anerb. u. Nr. 26307 a. d. Gesch.

Junges 26326
Mädchen
für leichte Hausarb. bei hohem Lohn sofort gesucht.
A. Schneider, Neustraße 32.

Ordentl. 26330
Mädchen,
nicht unt. 20 Jahren, welches selbständig arbeiten kann, für den Haushalt sofort gesucht.
Bochumerstraße 10.

Suche sofort ein ehrliches kath.
Mädchen
f. größ. Geschäftsh., muß etwas Kochen verst. Hilfe vorhand. Näh. bei Terboven, Ahstraße 68.

Kaufmann, 23 Jahre alt, aus der Lebensmittelbranche, sucht evtl. sofort
Stellung
als Verkäufer, Lagerist oder Vertreter.
Schriftl. Anerb. u. Nr. 26320 a. d. Gesch.

Einige 26314
Kleidungsstücke
gegen Kohlen einzutauschen.
Näh. i. d. Geschäftsst.

Stoff wegen Lagerräumung Lunatee Tee

denn Lunatee ist das beste Blutreinigungsmittel der Gegenwart, bewährt bei Verstopfung, Rheumatismus, Gesichtsausschlägen, Kopfschmerzen vom Magen herkommend, Hämorrhoidal-Leiden, überhaupt das beste Mittel gegen alle Krankheiten, die vom unreinen Blut herrühren. Niederlage in allen Apotheken und Drogerien Gelsenkirchens

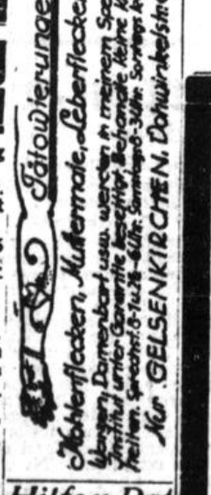
---

Paßbilder

in 1 Stunde. 20841
Schützenstr. 22, Nähe Bismarckstraße.
Sonntags geöffnet.

Neuer Herd

mit Rollkasten u. ein Schlafzimmer zu verkaufen. 26303
Galda, Wanne, Feldstraße 145.



Hilfe u. Rat

Wohnungsangelegenheit, Steuersachen, Strafsachen (Gnaden) gesuche, Strafaufschub, Zivilprozesse-, Scheidungs- u. Unterhaltssachen und alle anderen Rechtsangelegenheiten bearbeitet zuverlässig und verschwiegen

Fr. Toczkowski,
ehemal. langjähriger Bureauvorsteher hiesig. Rechtsanwälte
Gelsenkirchen, Dessauerstr. 3.

Zentral-Theater

Hochstraße 1.

Samstag, den 10. Nov. 1923:
Gastspiel der Essener Oper

Der Waffenschmied.

Komische Oper in 4 Bildern von Albert Lortzing.

Regie: Leo de Leuwe.
Musikal. Leitung: Karl Hauptner.

Hans Shurdinger, berühmter Waffenschmied und Tierarzt . . , Ruprecht Huth
Marie, seine Tochter Steffi Pawre
Ritter Graf von Liebenau . . . . . Karl Eggert
Georg, sein Knappe . . . . . Leo de Leuwe
Ritter Adelhof von Schwaben . . . . . August Krüger
Irmentraud, Mariens Erzieherin . . . Katharina Eichenberg

Ladenlokal

mit abgeschlossener 3-Zimmerwohnung gegen Etage von 4—5 Zimmern, mögl. Stadtmitte,

zu tauschen gesucht.

Schriftl. Anerbieten unter Nr. 26300 an die Geschäftsstelle ds. Zeitung erb.

Wohnung

von 4 bis 5 Räumen in nur herrschaftl. Hause möglichst im Stadtbezirk Ueckendorf sucht für bald **Kolonialwarengroßist.** Miete gegen Goldmark oder sonstige Vergünstigungen nach Vereinbarung. — Schriftl. Anerb. unter Nr. 26327 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erb.

---

20 Billionen Vergütung für Wohnungstausch!

(auch als Bauzuschuß für Wohnung in Neubau.)
Gesucht: 5—6-Zimmerwohnung.
Geboten: 3-Zimmerwohnung mit 2 Mansarden in Schalke.
Schriftl. Anerbieten unter Nr. 26295 an die Geschäftsstelle ds. Zeitung erb.

Mobiliarverkauf!

Aus dem Nachlasse des verstorb. Büroinspektors Franz Hermes sollen verkauft werden: 26818

1 Küche (Kiefern) mit vollständiger Einrichtung, **1 eich. Speisezimmer** u. **1 eich. Schlafzimmer.**

Verkauf erfolgt nur gegen Effekten od. wertbest. Zahlungsmitt. Angeb. werd. i. Hause Ringstr. 69, II., entgegengenomm.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch

kauft als Selbstverbraucher zu reellen Tagespreisen

R. Christmann, Goldschmied
Arminstr. 6
Fernsprecher 3660

Samstags mittags 2 Uhr geschlossen.

Männliche Bettnässleidende

werden durch **H. Sohmitmanns, D. R. P.,** mit gutem Erfolg behandelt.
Auskunft erteilt: 25464
Wilh. Stamman, Generalvertreter, Wattenscheid, Bebelplatz.

U-fA

Schauburg **Schauburg**

Ab heute bis einschl. Donnerstag.
Der amerikanische Riesenfilm der UFA-DECLA

TAIFUN.

Ein Monumental-Abenteuerfilm in **7** Sensations- und Akten.

In der Hauptrolle: Die weltberühmte, rassige amerikanische Film-Künstlerin
Dorothy Philips.

Ein guter Sensations- und Abenteuerfilm befriedigt auch das empfindliche Publikum, welches im allgemeinen auf derartige Sachen nicht gut zu sprechen ist. Der Film muß aber dann die Eigenschaften besitzen wie unser DECLA-Großfilm

Taifun.

Nicht sinnlose Schlägereien, nicht Verfolgungen, welche ohne Grund inszeniert werden, um den Film das Prädikat „Abenteuerfilm" aufzudrücken, machen den „guten" Film aus und befriedigt, nein, die „Sensation" usw. müssen sich folgerichtig aus der Handlung ergeben und müssen glaubhaft sein. TAIFUN hat alle guten Eigenschaften eines vernünftigen Sensationsfilms. Der starke Besuch unseres Theaters beweist, daß immer UFA-DECLA-FILME gern gesehen werden, weil sie gut sind.

Ferner:

Polikuschka

Das Drama der Knechtschaft
von Leo Tolstoi. 26324

POLIKUSCHKA ist der erste russische Film für die internationale Arbeiterhilfe mit J. M. Moskwin, Rußlands größter Charakter-Schauspieler in der führenden Rolle.

Hierzu:

FIX und FAX
in Essig und Oel.

Amerikanische Groteske in 2 Akten.

Noch niemals dagewesener Erfolg!

Freitag 7 Uhr.
Samstag 7 Uhr.

Sonntag 6 Uhr.

Welt-Gastspiel.
Der neue

Caruso
Karl Pusch

und das auserlesene
Varietee-Programm.

Einheitspreis auf allen Plätzen.

Sämtliche Ehren- und Freikarten ungültig. 26810

Achtung! Hausfrauen!

Heute und morgen

Grosser Fleischverkauf

Ferner empfehle
prima Plockwurst u. Rauchfleisch.

Hentschel's
Roßschlachterei u. Wurstfabrik
Arminstraße 9. Telephon 976.

Fortzugshalber zu verkaufen: 26317
Herd,

Küchenschrank, Bettstelle, Spiegel, Tisch, 2 Stühle, 25 Zentner Kohlen, 1 Stall, 1 Kahn, echte Foxterrierhündin, dress. Grillostraße 54b.

Fleischpreise.

Ab 7. November 1923 gelten für Gelsenkirchen folgende Durchschnittspreise für Fleischwaren:

1. Rindfleisch	280 Milliarden Mk.
2. Schweinefleisch	360 Milliarden Mk.
3. Kalbfleisch und Hammelfleisch	320 Milliarden Mk.

Wurstwaren je nach Qualität. 26243

Die Fleischer Gelsenkirchens.

Volkshaus Rotthausen

Sonntag, 11. November, abends 6 Uhr (Kassenöffn. 5 Uhr)

Harmonie-Konzert

Mitwirkende
Frau Erika Hehemann, Essen (Sopran)
Herr Gaston Dejmek, Essen (am Flügel).

Den Flügel stellt Firma Räting & Nevries, Gelsenk.

Karten-Vorverkauf beim Vereinswirt St. Pfalb und bei sämtl. Mitgliedern

---

Apollo-Theater

Ab heute:
Das große Weltstadt-Programm!
Ein Werk vollendeter Filmkunst:

Der Liebe Pilgerfahrt

Eine Schicksalstragödie in 5 Akten.

Hauptdarsteller:

Karin	Grete Dirks
Dr. Egil Rostrup	G. von Wangenheim
Wolfgang Svendsen	
Kgl. Kapellmusik	Wilhelm Diegelmann
Solveig, seine Enkelin	Charlotte Ander
Dr. Daniel Bornemann, Oberlehrer	Viktor Schwarnecke
Gundersen, Maler	Paul Bildt
Gräfin Hegermann-Lilienkrone	Olga Engl
Graf Erik, ihr Sohn	Dall Orso 26311

Die Tat des Daniel Swift

Der Roman einer Ehe. — 6 Akte.
In den Hauptrollen:
Die ersten Künstler vom Staatstheater in Wien.

Im humoristischen Teil
sehen wir
„Er", Harald Lloyd
in seiner neuesten Groteske.

Orchester Rüthers.

Industrie-Kino

Ab heute
der größte Sensationsfilm der Welt.

Geheimbund-Sklaven

1. Teil.

Großer spannender Abenteurer-Roman in 6 Akten.

Ein Film voller fabelhafter Sensationen u. schaurig-geheimnisvoller Abenteuer.

Die Strasse der Schande

Großes Sittenbild in 6 Akten.
In der Hauptrolle:
Lia Fein.

Diamant des Todes

Hochspannendes Kriminal- und Detektivdrama in 5 packenden Akten. 25819

Schlüpfer,

fast neu, billig abzugeben. 26316
Wilhelminenstr. 17.

Erstkl. gebr. 26323
Zimmerofen

wie neu, weil überzählig, zu verkaufen.
Ueckendorferstr. 304.

Fahrrad

tadellos, gebr., abzugeben. 26328
Fahrradh. Brüggelbof, Rotthausen.

Städtische Bilderschau

Kaiser-Straße 67.

Vom 10.—15. Nov.
Spielzeiten: Samstag 7½ Uhr, Sonntag 3, 5½ und 8 Uhr, Montag b. Mittwoch 5 und 7½ Uhr 26309

Friedrich Schiller

Dichterjugend

Beiprogramm:
Ein Lustspiel aus der Chaplin-Serie.

Musikbegleitung:
Schlangmann-Trio

Schwache Nerven

sind d. Grundursachen der meisten Krankheiten. Blutarmut, Herzklopfen, Unlust zur Arbeit, nervöse Schwächezustände aller Art, nerv. Kopfschmerzen, Zittern, Appetitlosigkeit, nervöse Magenbeschwerden sollen nur mit
Doppelherz
dem von Aerzten anerkannten Nervenkräftig.-Mittel behandelt werden. Allein echt m. d. Schutzmarke

Zu haben in allen Drogerien Gelsenkirchens u. Umgebung. Man hüte sich vor minderwertig. Nachahmungen und verlange nur „Doppelherz".

Guterhalt. 26305
Schlagzeug

gegen einen Herd zu tauschen.
Zu erfragen Müller, Overholtstr. 76.

Fast neue
Damenuhr
gegen Ölen, gold. Herrenring und silb. Medaillon m. Kette gegen Tisch und 2 Stühle zu tauschen.
Schriftl. Anerb. u. Nr. 26319 a. d. Gesch.

Jung. Mann erteilt guten Anfangs-
Unterricht

in Violine. Zu erfrag. v. 3—5 Uhr nachm. Grillostr. 42, 2. Et. rechts. 26304

Küche

preisw. zu verkaufen. Kaufgelegenheit von 3 Uhr nachmittags. Sedanstr. 36, 3. Stck.

Ein 2schläf. 26315
Bettstelle

und 1 sehr guter schwarz. Ueberzieher gegen gelbl. Kartoffeln zu verkaufen. Näh. Mathildenstr. 1.

Torfstreu

liefert prompt [26143
L. Mois.
Ringstraße 85.
Telephon 297, 298

Achtung!

Treffe heute mit einem großen Transport
Schweine

ein, die ich billig abgebe
Raphael, Königst. 11 am Alten Markt.

Bess., Beamte, 26 J., kath., wünscht auf dies. Wege die Bekanntsch. einer geb. hübschen jung. Dame mit holt. Gemüt und gut. Charakter, im Alter von 19—23 J., zwecks späterer
Heirat.
Schriftl. Anerb. nur mit Bild, welch. bestimmt zurückgesandt wird, u. Nr. 26260 an d. Gesch. d. Ztg.